

Wiesbadener Tagblatt.

Druck und Verlag:
K. Schellenberg'sche Hofbuchdruckerei, „Tagblatt-Haus“.
Geschäftszeit: 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends,
außer Sonn- und Feiertagen.

Wöchentlich
mit einer täglichen



7 Ausgaben
Unterhaltungsbeilage.

Erscheinungszeit:
Wöchentlich nachmittags, Samstags vor- u. nachmittags
Fernsprecher-Sammel-Nr. 5831.
Berliner Büro: Berlin-Wilmersdorf.

Bezugspreise: Im Verlag abgeholt: 36 R.-Pfg., in den Ausgabestellen: 36 R.-Pfg., durch die Träger ins Haus gebracht: 48 R.-Pfg. — für eine Bezugszeit von 3 Wochen. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: Erst. Anzeigen 20 R.-Pfg., auswärts: Anzeigen 30 R.-Pfg., Zeit. Anzeigen 10 R.-Pfg., 1. Anzeigen 1.50 für die einseitige Kolonelle oder deren Raum. — Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Schluss der Anzeigenannahme 10 Uhr vormittags. Größere Anzeigen müssen spätestens einen Tag vor dem Erscheinungstage aufgegeben werden.

Telegramm-Adresse: Tagblatt Wiesbaden.

Höchste Abonnentenzahl aller Tageszeitungen Wiesbadens und Nassaus.

Postfach-Nr. 7406.

Nr. 234.

Samstag, 5. September 1931.

79. Jahrgang.

Genf und die Innenpolitik.

Doch noch Zollunionsdebatte im Rat? — Österreich wird geholfen. — Reichstag erst am 13. Oktober.

Die Deutschnationalen gegen den französischen Ministerbesuch.

as. Berlin, 5. Sept. (Drahtbericht unserer Berliner Abteilung.) Wenn heute vormittag in Genf das Gutachten des Haager Gerichtshofes über die Zollunion bekanntgegeben wird, hat dieses Gutachten eigentlich nur noch akademisches Interesse. Die Zollunion ist begraben und für die Praxis ist es ziemlich belanglos, welche Stellung der Haager Gerichtshof zu diesen Fragen einnimmt.

Biel bedeutsamer ist, daß die Franzosen in Genf immer noch bemüht sind, eine politische Debatte im Rat über die Zollunion herbeizuführen.

Die deutsche Delegation lehnte solchen Bemühungen starken Widerstand entgegen. Deutschland hat sich immer gegen eine politische Behandlung dieser Frage im Rat gewehrt und wenn Dr. Schöber und Dr. Curtius noch vor dem Bekanntwerden des Haager Gutachtens im Europa-Ausschuß ihre Erklärungen zur Zollunion abgaben, so geschah das nicht zuletzt aus dem Grunde, weil man eben eine politische Aussprache im Rat verhindern wollte. Es scheint, als ob der deutsche Standpunkt diesmal von Italien unterstützt wird, und es ist auch nicht unmöglich, daß England sich die deutsche Auffassung zu eigen machen will.

Im übrigen ist in Genf gestern schon sozusagen der Bericht Österreichs honoriert worden.

Das österreichische Hilfsgebot ist sehr prompt an den Finanzausschuß des Völkerbundes überwiesen worden und es besteht aller Grund zu der Annahme, daß Österreich die erbetene Hilfe gewährt werden wird. Man

hat mit Österreich einen Staat geschaffen, der sich unmöglich selbst erhalten kann und man sieht sich nun vor die Notwendigkeit gestellt, immer wieder Geld in diesen Staat hineinzupumpen. Ob es nötig war, daß der österreichische Außenminister Schöber in dieser Aussprache so geflüstert für die früheren Hilfeleistungen dankte, und darüber hinaus den Dank auch noch auf die neue, noch gar nicht endgültig beschlossene Hilfe ausdehnte, ist eine offene Frage.

Während in Genf die internationalen Debatten weitergehen, bleibt es innenpolitisch recht ruhig. Der Ältestenrat hat gestern erneut — damit ist das halbe Duzend voll — die Einberufung des Reichstages abgelehnt. Das war von vornherein zu erwarten und bemerkenswert war an dieser Tagung des Ältestenrates eigentlich nur,

daß die Deutschnationalen sich sehr nachdrücklich gegen den Besuch der französischen Minister in Berlin aussprachen.

Die Reichsregierung ließ in der Debatte erklären, daß sie am 13. Oktober als Tag des Zusammentritts des Reichstages festhalte. Es ist heute noch zu früh, um zu sagen, welches Thema der Reichstag dann zunächst behandeln und was er als dringendste Aufgabe betrachten wird. Man kann in parlamentarischen Kreisen auch schon hören, daß der Reichstag im Oktober wahrscheinlich nur wenige Tage zusammenbleiben werde und daß das Parlament dann erst im Januar zur Beratung des Reichshaushalts für 1932/33 zusammentreten werde. Das sind aber vorerst reine Kombinationen. Man wird die weitere Entwicklung auf außen- und innenpolitischem Gebiet abwarten müssen.

Die Reichstageinberufung abgelehnt.

Die Regierung hält an dem alten Termin fest.

Berlin, 4. Sept. Der Ältestenrat des Reichstages hielt am Freitagnachmittag eine Sitzung ab, um über den kommunikativen Antrag auf Reichstageinberufung zu entscheiden. Für den Antrag traten mit den Kommunisten nur die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten ein. Präsident Löbe stellte fest, daß der Antrag nicht genügend unterstützt, und die Reichstageinberufung abgelehnt ist.

An der Sitzung nahmen die Vertreter aller Fraktionen mit Ausnahme des Landvolks teil. Das Landvolk hatte an den Präsidenten Löbe einen Brief gerichtet, in dem es auf die Teilnahme an der Sitzung verzichtete, weil es swedlos sei, verlobt auf Antrag irgend einer Partei, die damit ein rein parteipolitisches Ziel verfolgte, ergebnislose Verhandlungen zu führen. Staatssekretär Dr. Binder führte aus, die Reichsregierung lege nach wie vor Wert darauf, daß es bei dem alten Termin für die Reichstageinberufung bleibe, und daß auch die Reichsregierung an dem Termin des 13. Oktober festhalten werde.

Dingelden beim Reichkanzler.

Eine Aussprache über die politische Lage.

Berlin, 4. Sept. Wie die „Nationalliberale Korrespondenz“ meldet, hat der Reichkanzler Dr. Brüning im Laufe des heutigen Tages den Parteiführer der Deutschen Volkspartei, Abgeordneten Dingelden, zu einer vorbereitenden Aussprache über die politische Lage empfangen.

Der Haager Schiedsspruch nach Genf übermittelt.

Durch Flugzeug und Eisenbahn.

Haag, 4. Sept. Der endgültige Text des Haager Gutachtens ist gestern fertiggestellt worden. Da seine Bervielfältigung nicht mehr rechtzeitig auf einmal durchzuführen war, mußte sie in zwei Teilen erfolgen. Vom ersten Teil des Textes der Haager Entscheidung hat der zweite Schriftführer des Haager Gerichtshofes, Jorstad (Norwegen) heute vormittag eine ganze Anzahl Exemplare im Flugzeug direkt nach Genf gebracht. Der zweite Teil des Gutachtens ist heute nachmittags ebenfalls in einer größeren Anzahl Exemplare mit dem fahrplanmäßigen Zuge in Begleitung eines Kuriers des Gerichtshofes über Paris nach Genf abgegangen.

Österreichs Hilfsgebot.

An den Finanzausschuß verwiesen.

Genf, 4. Sept. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) Der österreichische Hilfsantrag wurde am Freitagnachmittag vom Völkerbundrat in einem kurzen Verfahren zur Weiterbearbeitung an den Finanzausschuß des Völkerbundes verwiesen. Vizekanzler Schöber, der englisch sprach, gab eine kurze Erklärung ab, in der er darauf hinwies, daß sofort nach dem österreichischen Antrag Völkerbundsbeauftragte nach Wien gekommen seien, um sich persönlich von der Lage in Österreich zu überzeugen. Er dankte dem Völkerbund für dieses prompte und schnelle Aufgreifen der Angelegenheit. Da Österreich einlebe, daß es die augenblickliche Wirtschaftskrise nur in der Zusammenarbeit mit den anderen europäischen Staaten und dem Völkerbund überwinden könne, habe es sich entschlossen, einen Hilfsantrag beim Völkerbund einzubringen, dessen erster Hilfsaktion es sich noch dankbar erinnere. Die Unterstützung sei eine dringliche Frage und erbitte deshalb den Rat, dem Antrag der österreichischen Regierung Folge zu leisten. Der italienische Außenminister Grandi unterstützte die Bitte mit einigen warmen Worten nachdrücklich.

Eine internationale 500-Millionen-Schillinganleihe.

Die Bank von Frankreich übernimmt die Schuld an die Bank von England.

Genf, 4. Sept. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) Aus Kreisen der französischen Abordnung verlautet, daß für die kommende, von der Wiener Regierung beim Völkerbund beantragte internationale Anleihe für Österreich ein Betrag von 500 Millionen Schilling vorgelesen ist. Dieser Betrag soll auf den Kapitalmärkten verschiedener Staaten aufgenommen werden. Die Bank von Frankreich soll sich ferner bereit erklärt haben, den von Österreich der Bank von England geschuldeten Betrag von 150 Millionen Schilling, der leinerzeit zur Sanierung der österreichischen Kreditanstalt gewährt wurde, zu übernehmen, und zwar in Anrechnung auf die kommende internationale 500-Millionen-Schilling-Anleihe.

Weiterer Abbau der Wohnungszwangswirtschaft in Berlin.

Wohnungen ab 600 Mark Friedensmiete freigegeben.

Berlin, 4. Sept. Vom 1. Oktober ab wird das Zentralwohnungsamt alle Wohnungen, deren Friedensmiete mehr als 600 Mark beträgt, von der Zwangswirtschaft befreien. Es unterstehen dem Wohnungsamt dann also nur noch Wohnungen, deren monatliche Friedensmiete bis zu 50 Mark beträgt.

Europäische Bündnisverflechtung.

Militärische Vereinbarungen der französischen Gruppe.

Angeht die gegenwärtigen Verhandlungen über den Nichtangriffspakt zwischen Paris und Moskau, und im Hinblick auf die bevorstehende Abrüstungskonferenz ist es notwendig, sich ein Bild über die militärischen Bündnisse der französischen Gruppe der europäischen Mächte zu machen.

Der erste Vertrag militärischer Art, den Frankreich schloß, war der mit Belgien aus dem Jahre 1920. Der Vertrag wurde geheim gehalten, es ist aber soviel bekannt geworden, daß in ihm Abmachungen über gemeinsamen Oberbefehl und einheitliche Führung der Operationen im Krieg enthalten ist. Ferner finden sich Bestimmungen über den Aufmarsch und die Benutzung der Eisenbahnen. Darüber hinaus sind aber auch bereits Bestimmungen für den Frieden vorgeesehen, die die Mobilisierung Belgiens betreffen sowie die Ausbildung des belgischen Heeres, die Erweiterung des belgischen Eisenbahnnetzes und den Ausbau der belgischen Befestigungen. Die Ausführungsbestimmungen werden in jedem Jahre neu bearbeitet.

Die polnisch-französische Militärkonvention, die im Jahre 1922 im September auf zehn Jahre geschlossen ist, also bis zum Jahre 1932 noch läuft, ist in ihren wesentlichen Teilen veröffentlicht worden. Sie sieht die Unterstützung Frankreichs durch Polen vor bei einem nicht selbstherrgeordneten Angriff, bei der Notwendigkeit der Anwendung militärischer Maßnahmen zur Durchführung der Verträge, bei der Notwendigkeit der Durchführung von Garantieverträgen, die die französische Regierung mit dem gemeinsamen Verbündeten Belgien verhandelt. Ähnlich ist umgekehrt die Unterstützung Polens durch Frankreich konstruiert. Beim Angriff durch Sowjetrußland ist eine Unterstützung durch militärische Berater vorgeesehen, sowie die Lieferung von Kriegsmaterial und die Blockade der russischen Küste durch die Marine. Falls der polnisch-russische Konflikt eine Intervention Deutschlands zur Folge hat, wird Frankreich zur vollen Hilfeleistung verpflichtet. Ferner ist vereinbart ein gemeinsamer Oberbefehl, die Ausarbeitung eines endgültigen Offensivplanes für den Krieg mit Deutschland. In diesem Fall ist auch Polen die Unterstützung Frankreichs durch die französische Marine zugesichert. Ferner verpflichtet sich die französische Regierung ihren ganzen Einfluß aufzubieten, daß Polen unbehindert das nötige Kriegsmaterial im Falle eines Angriffs auf polnisches Gebiet oder bei der Notwendigkeit der Durchführung von polnischen Schutzverträgen erhält. Es wird überaus interessant sein, an Hand dieses Vertragsbildes nun die Entwicklung abzuwarten, die sich auf Grund des Ablaufs dieses Vertrages im nächsten Jahre ergibt und auch daraus, daß wahrscheinlich ein anderer Vertrag mit Sowjetrußland geschlossen worden ist.

Bemerkenswert ist alsdann weiter die französische rumänische Militärkonvention vom Jahre 1926, nach der Rumänien verpflichtet ist, wenn Frankreich durch Deutschland angegriffen wird, diesem und seinem Verbündeten sofort den Krieg zu erklären und sechs Infanterie-Divisionen und eine Kavallerie-Division auf polnischem Gebiet zur Verwendung nach einem französischen Plan zur Verfügung zu stellen. Frankreich ist verpflichtet, bei einem Angriff Rumäniens durch Sowjetrußland oder durch Ungarn an Rußland, Ungarn und ihren Verbündeten sofort den Krieg zu erklären und neun europäische Infanterie-Divisionen Rumänien zur Verfügung zu stellen. Der Vertrag hat alsdann noch eine Reihe weiterer Bestimmungen, er wird geheim gehalten und soll bis zum Jahre 1931 Geltung haben. Auch hier wird die Frage sehr interessant sein, ob und wie dieser Vertrag verlängert wird.

Daß diese militärischen Bündnisverträge geheim gehalten wurden, war selbstverständlich. Dagegen ist der Vertrag zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei vom Januar des Jahres 1924 dem Völkerbunde mitgeteilt worden. Dieser Vertrag enthält die gegenseitige Verpflichtung, sich über auswärtige Fragen, die geeignet wären die Sicherheit beider Mächte zu bedrohen und die durch die Friedensverträge geschaffene Ordnung zu beeinträchtigen, zu verständigen. Ferner ist in dem Vertrag vorgeesehen, daß über die Vorkehrungen zu einigen, die zur Sicherung ihrer gemeinsamen Interessen im Falle, daß diese gefährdet würden, notwendig sind. Dabei ist das sogenannte Anschlagverbot besonders genannt worden. Ebenso wird man sich über die Vorkehrungen für den Fall verständigen, daß Ungarn seine Verpflichtungen nicht aufrecht erhält. Hierbei ist überdies die Tatsache bemerkenswert, wie sich die Tschechoslowakei zu Frank-

reich verhalten wird für den Fall, daß Frankreich einer Wiederkehr der Habsburger keinen Widerstand leistet, sondern eine solche Wiederkehr vielleicht sogar unterstützen wird.

Neben diesem Vertrag, der dem Völkerbund überreicht wurde, besteht aber noch ein tschechisch-französischer Geheimvertrag aus dem Herbst des Jahres 1918, der die Anschließfrage mit militärischen Mitteln verhindern soll. Diesem Vertrag wurde im Jahre 1921 eine Klausel hinzugefügt, die besagt, daß die tschechische Regierung sich verpflichtet, im Einvernehmen mit der Regierung in Warschau, gemeinsame wirtschaftspolitische sowie militärische Schritte gegenüber Deutschland zu unternehmen, falls die französische Regierung eine Gefährdung des mitteleuropäischen Friedens feststellen sollte. Als Gefährdung des mitteleuropäischen Friedens gelten bis auf weiteres die Nichtinhaltung der Artikel des Versailler Vertrages durch Deutschland, Unruhen innerhalb Deutschlands und die Feststellung von deutschen Rüstungsmaßnahmen.

Neben diesen Verträgen, die Frankreich mit seinen Verbündeten abgeschlossen hat, besteht aber noch ein ganzes Bündnisystem der französischen Gruppe untereinander. So ist das Bündnis zwischen Rumänien und Polen vom 31. März 1931 dem Völkerbunde mitgeteilt. Rumänien und Polen verpflichten sich in diesem Bündnis, im Falle eines nicht provozierten Angriffs zur gegenseitigen Hilfe an den gegenwärtigen Grenzen. Dieser Vertrag, der für fünf Jahre gilt, ist im Jahre 1926 mitgeteilt worden. Der neue Geltungsbereich ist ebenfalls auf fünf Jahre festgesetzt, sodaß in diesem Jahre neu verhandelt werden muß. Der Vertrag sieht u. a. noch vor, daß die beiden Staaten keinen Waffenstillstand und keinen Frieden ohne die Einwilligung des anderen schließen dürfen.

Weiterhin ist eine Militärkonvention zwischen Polen und der Tschechoslowakei getroffen, die bis zum Jahre 1925 Geltung hatte. Ob sie erneuert wurde, ist unbekannt. Das tschechisch-slowakische Bündnis, der sogenannte Marienbader Vertrag, ist dem Völkerbund mitgeteilt. Er wurde das letzte Mal im Jahre 1928 verlängert. Er behandelt die Hilfeleistung der beiden Staaten im Falle eines unprovokierten Angriffs durch Ungarn. Ferner sichern sich die beiden Staaten jede politische und diplomatische Unterstützung in ihren internationalen Beziehungen zu. Auch das Bündnis der Tschechoslowakei mit Rumänien, das einen ähnlichen Inhalt hat, wurde dem Völkerbund mitgeteilt. Das gleiche gilt für den Vertrag zwischen Polen und Südbanien, der die Zusage enthält, sich gegenseitig über die wichtigsten Fragen der auswärtigen Politik zu verständigen.

Schließlich existiert noch ein Bündnisvertrag zwischen Frankreich und Südbanien, der aber im einzelnen nicht bekannt ist. Es ist nur soviel bekannt geworden, daß er zur gegenseitigen Hilfeleistung gegen Italien verpflichtet.

Das britische Kabinett und die internationale Zusammenarbeit.

Lord Reading beabsichtigt nach Genf zu gehen. — Keine Verschiebung der Abrüstungskonferenz.

London, 4. Sept. Wie heute zuverlässig verlautet, war die britische Regierung zwar notwendigerweise bisher vornehmlich mit ihren eigenen Problemen in ihrer Auswirkung auf das Innere beschäftigt, hat aber erkannt, daß diese Probleme von beträchtlicher Bedeutung für die internationalen Angelegenheiten sowie für den allgemeinen Eindruck sind, den andere Länder darüber haben können. Die britische Regierung wird ihren Einfluß liberal, wo es möglich ist, benutzen, um zu einem Einvernehmen zwischen den Nationen zu gelangen, und jeder Versuch, Probleme zu lösen, die bisher nicht gelöst werden konnten, wird von der britischen Regierung mit dem sympathischen Wunsch, hilfreich zu sein, betrachtet werden. Es scheint eine Möglichkeit zu bestehen, daß der Staatssekretär des Äußeren einen, wenn vielleicht auch nur eiligen Besuch auf der Genfer Völkerbundsversammlung abstaten wird. In möglichen britischen Kreisen wird Bedauern darüber ausgedrückt, daß es Lord Reading bisher noch nicht möglich war, als Vertreter der Regierung nach Genf zu gehen, um an den Beratungen des Völkerbundes teilzunehmen, denen die augenblickliche Bedeutung beimeße. Es ist bekannt, daß dies mit Lord Readings eigenen Wünschen übereinstimmt, damit er eine Gelegenheit erhält, mit den Ministern und Delegierten anderer Nationen zusammenzutreffen.

Was den bevorstehenden Besuch des französischen Premierministers und Außenministers in Berlin betrifft, so sieht man den Besuch als sehr bedeutungsvoll an, und man hofft auf britischer Seite ernstlich, daß er eine Gelegenheit bieten werde, den Weg für eine Regelung von Fragen zu ebnen, die die Lage in Europa getrübt haben und die eine Quelle von Meinungsverschiedenheiten zwischen Nationen waren zu einer Zeit, wo die dringende Notwendigkeit zu harmonischem Zusammenwirken zwischen ihnen besteht. Bezüglich der Abrüstungskonferenz verlautet, daß, soweit die britische Seite in Betracht kommt, die Arbeit zur Vorbereitung dieser Konferenz für Anfang nächsten Jahres rasch vorangeht und daß britischerseits keinerlei Verschiebung irgend einer Frage erwogen werden wird. Es wird für wesentlich erachtet, daß, wenn die Lösung des Abrüstungsproblems beraten wird, dies in einem besonderen Geiste des Einvernehmens zwischen den Nationen geschehen wird. Ein solcher Geist werde sich, wie man hofft, in der Zwischenzeit entwickeln. Weiter verlautet, daß die französischen Kredite an England an keinerlei politische Bedingungen geknüpft waren. Aber die Frage, welche Politik verfolgt werden soll, um die auf der in London im Juli abgehaltenen Wirtschaftskonferenz erzielte Grundlage weiter auszubauen, scheint man auf britischer Seite noch nicht zu endgültigen Beschlüssen gelangt zu sein.

Die Not der deutschen Landgemeinden.

Interessante Ergänzungen zu den Forderungen des Städtetages.

Hilfsvorschläge.

Berlin, 5. Sept. (Eig. Drahtbericht). Nach dem Deutschen Städtetag hat jetzt auch der engere Vorstand des Verbandes der Preussischen Landgemeinden und der Gesamtverband des Deutschen Landgemeindetages der Reichsregierung ein Notstandsprogramm zur baldigen Durchführung auf Grund von Artikel 48 unterbreitet. Nach den Großstädten kommen nun die mittleren und kleineren Städte und die Landkreise zum Wort. Auch bei ihnen ist die Lage verzweifelt. Auch bei ihnen sind sofortige finanzielle Hilfsmassnahmen notwendig. Die Hilfsvorschläge, die von diesen zwei Drittel der deutschen Bevölkerung umfassenden Verbänden gemacht werden, unterscheiden sich jedoch zum Teil von dem Programm des Städtetages.

Von Wichtigkeit ist, daß der Landkreistag an große Ersparnisse in den ländlichen Kreisen und kleineren Gemeinden nicht glaubt. Zu 80 Prozent wird die Verwaltung in diesen Gebieten ehrenamtlich durchgeführt. Eine Höherstellung der Beamten und Angestellten gegenüber denen des Reichs und der Länder ist nicht vorhanden. Auch die Ausgaben sind zu 90 Prozent zwangsläufiger Art, so daß die Sparvorschläge des Deutschen Städtetages für diese Kreise völlig bedeutungslos sind. Die Finanznot der ländlichen Gemeinden und Kreise beruht nicht auf einer zu großen Ausgabefreudigkeit. Sie beruht zu einem Teil auf der Verteilung des Steueraufkommens, die große Städte bevorzugt, auf der Überbürdung mit notwendigen Ausgaben auf den Gebieten der Schule und des Straßenbaues, vor allem aber natürlich auf der untragbaren Belastung durch die Arbeitslosenfürsorge. Während der Zu-

strom zur Arbeitslosenversicherung Mitte dieses Jahres abgestoppt wurde, stieg die Zahl der Wohlfahrtsberufswesen von Anfang des Jahres bis zum gegenwärtigen Augenblick stetig.

Bei der Fürsorge sehen deshalb auch die Vorschläge der Landgemeinden vor allem ein. Gemeinsam mit dem Städtetag wird die Forderung auf die sofortige, durch Notverordnung herbeizuführende Schaffung einer Reichsarbeitslosenfürsorge erhoben, an deren Kosten Reich, Länder und Gemeinden gerecht beteiligt werden. Gleichzeitig fordert man die Durchführung der Bedürftigkeitsprüfung, die in einzelnen Gebieten ihren Wert bereits erwiesen hat. Einer härteren Naturalverpflegung steht man über alle Parteien hinweg positiv gegenüber. Man hält nur ihre Zwangseinführung für gefährlich. Der Initiative der örtlichen Stellen soll hier genau wie bei der Bedürftigkeitsprüfung freier Spielraum gewährt werden. Einen sehr energischen Vorstoß unternimmt der Landkreistag gegen die hohen Wegelassen. Die bisherige Kraftfahrzeugsteuer soll nach amerikanischem und spanischem Muster in eine Betriebsstoffsteuer umgebaut werden. Man erwartet davon eine Entlastung der Wegebaupflichten und eine gerechte Besteuerung der Kreise, die mit ihren Wagen eine jährliche Erneuerung der Hauptstraßen notwendig machen.

Das Programm des Landkreistages kann als ein ähnlich wertvoller Beitrag zur Sparaktion der Reichsregierung angesehen werden wie das Programm des Städtetages. Freilich gilt auch hier der Einwand, daß die Vorschläge wesentlich abbaun der Natur sind. Eine konstruktive Idee großen Stils ist auch hier nicht zu finden.

Das endgültige Ergebnis des Volksentscheids „Landtagsauflösung“.

36,8 Prozent Ja-Stimmen.

Berlin, 4. Sept. Am heutigen Vormittag wurde das endgültige Ergebnis des Volksentscheids „Landtagsauflösung“ vom 9. August dieses Jahres festgestellt. Wie der Amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, haben sich danach an der Abstimmung beteiligt 10 425 635 = 39,2 v. H.; davon sind Ja-Stimmen 10 182 185 = 38,3 v. H.; ungültige Stimmen 243 450 = 0,9 v. H. Von den gültigen Stimmen waren Ja-Stimmen 9 793 030 = 36,8 v. H., Nein-Stimmen 389 125 = 1,5 v. H. Den größten Prozentatz an Ja-Stimmen stellte der Kreis Merseburg mit 54,1, dann Hannover mit 49,0, nun folgen Frankfurt a. O. mit 47,7, Ostpreußen mit 47,1, Schleswig-Holstein mit 47,0, Pommern mit 43,7, Magdeburg mit 42,1 und Erfurt mit 41,4 der ortsanwesenden Stimmberechtigten. Den kleinsten Prozentatz an Ja-Stimmen erbrachten die Stimmkreise Köln-Nach mit 16,1, Koblenz-Trier mit 25,4, Westfalen Nord mit 28,9 und Berlin mit 30,1 vom Hundert.

Die Wiederaufnahme der Strafrechtsreform.

Vor der Entscheidung über die Todesstrafe.

Berlin, 4. Sept. Der Strafrechtsausschuß des Reichstages ist jetzt endgültig für den 22. September einberufen worden. Er wird der einzige der großen Reichstagsausschüsse sein, der im Herbst eine größere Tagung abhält. Zur Beratung wird zunächst der 16. Abschnitt der Strafrechtsreform gestellt, der gemeingefährliche Handlungen, Störungen des öffentlichen Verkehrs und andere Delikte umfaßt. Von größerer Bedeutung sind die dann folgenden Beratungen über den 17. Abschnitt, der die Tötung betrifft, und bei dem insoweit die Entscheidung über die Todesstrafe gefällt werden muß. Für den weiteren Fortgang der Beratungen in der Strafrechtsreform wird es eine nicht unerhebliche Rolle spielen, wie sich die Deutschnationalen und Nationalsozialisten künftig verhalten werden. Eine Entscheidung darüber, ob diese Parteien an den Ausschussberatungen in Zukunft wieder teilnehmen werden, ist noch nicht gefallen.

Die Naturalienunterstützung.

Besprechungen mit den beteiligten Wirtschaftskreisen.

Berlin, 4. Sept. Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft und im Reichsarbeitsministerium fanden am 3. und 4. September Besprechungen zwischen den beteiligten Ressorts und den kommunalen Spitzenverbänden darüber statt, in welchem Umfang im kommenden Winter Arbeitslosen und anderen Unterstützungsempfängern Naturalleistungen anstelle von Geldleistungen gewährt werden könnten. Die in Frage kommenden Gesichtspunkte wurden eingehend erörtert. Die Ressorts werden sich nun mit den beteiligten Wirtschaftskreisen in Verbindung setzen. Dann wird die Aussprache fortgesetzt.

Die Meldung der „Landvolk-Nachrichten“, daß die Frage der Naturalunterstützung von Arbeitslosen bereits in negativem Sinne erledigt sei, wird von zuständiger Stelle als unzutreffend bezeichnet.

Deutschnationaler Mißtrauensantrag gegen die preussische Regierung.

Berlin, 4. Sept. Die deutschnationale Fraktion hat im Preussischen Landtag einen Mißtrauensantrag gegen das Staatsministerium eingebracht. In der Begründung wird gesagt, daß die Regierung durch ihre Unterstützung und Billigung des Verhaltens des Landtagspräsidenten gegenüber den Anträgen auf Einberufung des Preussischen Landtages und hinsichtlich der Auslegung der Verfassungsbestimmungen betr. die Erledigung eines vorliegenden Mißtrauensantrages hierfür die Verantwortlichkeit mit übernommen habe.

Liquidierung einer Königsdiktatur.

Die neue Verfassung für Südbanien.

Belgrad, 5. Sept. (Eig. Drahtmeldung.) Seit dem 6. Januar 1929 herrschte im Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen die Königsdiktatur des zwar energischen, aber in seinen Zielen und Methoden unsicheren und unzulänglichen Alexander Karageorgewitsch. Inzwischen wurde aus dem Königreich der



König Alexander von Südbanien.

Serben, Kroaten und Slowenen (wie die offizielle Bezeichnung lautete), das Königreich Südbanien, eine Einheit, die die Verschiedenartigkeit der drei Stämme verkannte. Die Absicht des Königs war keineswegs, diese Verschiedenartigkeit zu ignorieren, sondern er wollte ganz zweifellos aus der Verschiedenartigkeit die staatliche und vollkommene Einheit schaffen. Das ist ihm nicht gelungen. Die lange Reihe von Kroaten-Prozessen mit ihren entsetzlichen Enthüllungen über die Leiden des kroatischen Volkes unter dem serbischen Polizeiregime waren ein Beweis hierfür.

Nun, nach reichlich 2½ Jahren persönlichen Regiments, versuchte der König, wie wir bereits gemeldet haben, diese Einheit auf dem Wege über eine neue Verfassung zu schaffen. Eigentlich sollte sie schon anlässlich seines 10jährigen Regierungsjubiläums am 16. August dieses Jahres verkündet werden. Allein dieses Jubiläum war zu sehr eine serbische Angelegenheit. In Kroatien speziell stand man außerdem noch unter dem furchtbaren Eindruck der in dem letzten Agrar-Kroatenprozeß enthüllten Greuel. Auch hatte der König bis dahin noch nicht die Mitarbeiter gefunden, die den Mut gehabt hätten, die ungeheuer schwierige Aufgabe der Überleitung des staatlichen Lebens aus der Diktatur in die verfassungsmäßige Ordnung auf sich zu nehmen. Die Umbildung des Kabinetts Ende Juni war ein erster Versuch dazu.

Es hängt alles ab von der Auswahl der Männer für die Durchführung der nun verkündeten Verfassung. Ihre Grundsätze sind klar und eindeutig und man darf wohl annehmen, daß die Formulierung der neuen Grundrechte, durch die Gewissensfreiheit, die Pressefreiheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung zugesichert werden, eine stillschweigende Anerkennung der Tatsache sein soll, daß diese staatsbürgerlichen Grundrechte bisher in Südbanien nicht gesichert waren. Es wäre auch schwer, sich diesem Bekenntnis entziehen zu wollen. Noch fehlt alles abhängig davon, wie die Zeit bis zur Konstituierung des neuen Parlamentes, das die Verfassung sanktionieren soll, ausgefüllt wird. Es heißt in den Übergangsbestimmungen, daß bis dahin die Verfindung von Gesetzen auf dem bisherigen Wege erfolgt. Damit bleibt also für die möglicherweise entscheidenden Bestimmungen der persönlichen Willen des Königs ausschlaggebend; durch ihn werden die Methoden der Wahlen festgelegt, durch ihn die Oberhäupter der neun Banate des Königreichs ernannt, in deren Händen wiederum die Exekutive liegt.



Vor der Wahl des neuen österreichischen Bundespräsidenten.

Dr. Karl Buresch, der jetzige Bundeskanzler von Österreich, soll als Einheitskandidat der Bürgerlichen Partei für die am 18. Oktober stattfindende Präsidentschaftswahl aufgestellt werden.

Am 18. Oktober finden in Österreich die Wahlen des neuen Bundespräsidenten statt, der diesmal zum ersten Mal direkt vom Volk und nicht mehr, wie bisher, von den Abgeordneten des Bundesrats und Nationalrats gewählt wird.



Dr. Karl Renner, der erste Staatskanzler der österreichischen Republik, wird von den Sozialdemokraten als Kandidat für die Präsidentschaft in Vorschlag gebracht.

Volkshochschule nach Eintritt des Zwangsetats der Stadt Wiesbaden geschaffene neue Lage. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß die finanzielle Lage der Volkshochschule durch Streichung aller behördlichen Zuschüsse nicht verbessert werden konnte. Die unentgeltliche Benützung der Schulräume des Oberlyzeums sei nachträglich von der Stadtverwaltung zugestimmt worden, nachdem auch sie anfänglich zurückgezogen war. Der gegenwärtige Zustand müsse sich auch in Sparmaßnahmen seitens der Volkshochschule auswirken. Der Vorstand habe daher dem Ausschuss eine Kürzung der Ausgaben vorgeschlagen. Alle Dozenten mit genügendem festen Einkommen würden gebeten, auf Honorar zu verzichten. Den anderen Lehrkräften, besonders solchen aus freien Berufen, hoffe man selbst bei der zunehmenden Zahl der Erwerbslosen unter den Besuchern der Volkshochschule ein durchschnittliches Honorar von 40 M. für ein Trimester nach einem wohl ermöglichten Überschlag der mutmaßlichen Einnahmen zu billigen zu können. So solle für Unterrichtsstunden wie für Arbeitsgemeinschaften verfahren werden. Ohne die ehrenamtliche Mitarbeit eines Teils der Lehrkräfte und ihres Opferes sei derzeit nicht auszukommen. Ein gutes Programm stehe in Aussicht. Nach Natur der Dinge würden die Unterrichtsstunden im wesentlichen wie schon früher die gleichen sein. Genügender Erfolg für die ausgefallenen Lehrkräfte sei vorhanden. Bei den Arbeitsgemeinschaften solle eine Neuheit in Form von Vortragsreihen unter einem gemeinsamen Gedanken eingeführt werden. In der Ansprache erhob sich gegen die vorgeschlagenen Einschränkungen kein Widerspruch. Die Frage der Einwirkungen der großen Vortragsreihen auf die Arbeitsgemeinschaften wurde eingehend besprochen. Eine Mehrheit war gegen eine zu große Anzahl von derartigen Vortragsreihen als Eingriff in die Intimität der Volkshochschule. Eine Verteilung der vorgeschlagenen Pläne auf den ganzen Winter, statt auf ein Trimester fand die meiste Zustimmung. Das im einzelnen vom Vorsitzenden bekannt gegebene Programm der Kurse und Arbeitsgemeinschaften wurde eher zu reichhaltig als zu dürftig erachtet. Die Gründung der Ortsgruppe Wiesbaden des Kulturverbands Hessen-Nassau gab Anlaß, sich über verbundene (externe) und getrennte (interne) Volksbildung zu unterhalten und die Volkshochschularbeit der letzteren zugehörig anzusehen. Zuletzt wurden als Mitglieder des Ausschusses in den Vorstand Obersekretär Kuhl und Herr Braedel gewählt.

Der Hebetermin für landwirtschaftliche Beiträge verlegt. Angesichts der allgemeinen Finanz- und Zahlungsschwierigkeiten ist es notwendig, daß der Landwirt seine Beiträge zu der amtlichen Berufsvertretung der Landwirtschaft (der Landwirtschaftskammer), abliefern, um einen geordneten Betrieb aufrecht zu erhalten. Die Landwirtschaftskammer Wiesbaden weist besonders, was die Umlage betrifft, darauf hin, daß deren Erhebung bis zu dem denkbar spätesten Zeitpunkt hinausgeschoben worden ist. Das bedeutet in Wirklichkeit, daß für die eigentlichen Beiträge zu Anfang eines Rechnungsjahres, am 1. April, fälligen Beiträge seit einigen Jahren als Ablieferungsfrist erst der 1. August eines Jahres bestimmt worden ist. Die Kammer will nun mit Rücksicht auf die ungeheuren Wertschwankungen in Nassau darüber hinaus den endgültigen Hebetermin für die rückständigen Beiträge auf den 20. September 1931 verlegen. Diese Nachsicht muß von den einzelnen Zahlungspflichtigen um so höher gewertet werden, als sich für die Kammer dadurch eine ganz erhebliche Sonderbelastung ergibt, für die eine haushaltsmäßige Deckung zunächst nicht vorhanden ist. Die für das kommende Haushaltsjahr 1932 beabsichtigte Senkung der Kammerbeiträge ist aber nur dann möglich, wenn im laufenden Geschäftsjahr alle Beiträge eingehen, so daß das neue Jahr ohne Rückstände begonnen werden kann.

Die Blumen- und Pflanzenchau im Museum ist trotz des regnerischen, besonders aber auch für das Wachstum hinderlichen Wetters in dieser Woche wieder sehr beachtenswert. Eine in zartem Weiß auffallende Palmenlilie zieht bestimmt jedermanns Blick voll Bewunderung auf sich. Sommer- und Herbstastern in mehreren Farben, ein- und mehrjährige Sonnenhut, das große Löwenmaul, die Wunderblume, die wohlriechende Funtie und die rote Funtie heben sich heraus. Die sanftbläuliche Goldrute, der blaue Gartenrittersporn, Alpenmohn in weißer, orangefarbener und goldgelber Pracht, die Kermesbeere, Studentenblume und Ehrenkranz, Fettblatt und Amurwein aus dem Amurgebiet, das Herbst-Adonisröschen leiten ihnen treue Gesellschaft. Von den Sträuchern und Stauden stellen sich vor: die blutrote Johannisbeere, Vogelbeere, Schneeball, Erle und schilblättrige Traubeneiche. Das nächste Mal wird, wenn das Wetter so kühl und nah bleibt, der früh beginnende Herbst der Schau erstmalig den Charakter geben.

Bestandene Fluggesellschaftsprüfung. Trotz schlechter Wetterlage haben in letzter Zeit die Fluggesellschaftsprüfung auf dem Flughafen der Städte Wiesbaden-Mainz erledigt: die Herren Arndt, Reiff, Jaak und Gollat aus Wiesbaden, sowie Dr. Gollert aus Bad Kreuznach. Drei weitere Fluggesellschaftsprüfer sind noch in Ausbildung.

Aus der freireligiösen Gemeinde. Der kürzlich verstorbene Ehrenvorsitzende der Gemeinde Architekt Philipp Schmidt hat in seinem Testament u. a. die Gemeinde sowie die Offenbacher Prediger-Unterstützungsstelle mit Legaten bedacht. Der der Gemeinde zustehende Betrag soll als Beihilfe zur Errichtung einer eigenen Erbauungshalle und Beschaffung

einer Orgel für diese Verwendung finden. Die Bewerber um die durch den Tod des Predigers Tschirn freigewordene Stelle werden in einer Gastpredigt zu Gehör kommen.

Wilhelms-Heilanstalt. Zum Hausarzt für die Reichs-Versorgungs-Kuranstalt (ehemals Wilhelms-Heilanstalt) ist der praktische Arzt Dr. med. Fr. H. bestell.

Schließung des Strandbades Wiesbaden-Biedrich. Die Städtische Pressestelle teilt mit: Wegen des andauernd ungünstigen Badewetters wird nun auch das Strandbad in Biedrich geschlossen, und zwar ab Montag, 7. d. M.

Brennende Gardinen. Die Feuerwehr wurde Freitagabend um 18.12 Uhr nach einem Hause der Westendstraße gerufen, wo im Mittelbau der Bly eingeschlagen haben sollte. Es brannten dort die Gardinen und die Fensterbelleidung. Als die Wehr eintraf, hatten die Bewohner die Flammen bereits gelöscht. Es wurde aber festgestellt, daß es sich nicht um einen Blitzschlag handeln kann, da die Fenster Scheiben ganz geblieben sind. Man nimmt vielmehr an, daß die Gardinen durch eine brennende Petroleumlampe Feuer fingen.

Rundfunkstörungen. Der Inhaber eines Lebensmittelgeschäftes in Berlin klagte durch seine elektrische Kühlanlage den Rundfunkempfang. Einer der geschädigten Rundfunkhörer erhob Klage. Das Amtsgericht Berlin-Mitte verurteilte den Störer. Das Landgericht Berlin I wies seine Berufung kostenpflichtig zurück. Die Entscheidung führt aus, daß den Rundfunkhörern gegen Störungen durch elektrische Maschinen und Geräte, wie mit Recht überwiegend angenommen werde, der Beseitigungsanspruch auf Unterlassung zustehe. Von einer Ortsüblichkeit der Störungen könne keine Rede sein.

Wiesbaden-Sonnenberg.

Die Ortsbauernschaft hielt am Mittwochabend bei Gastwirt Helfrich eine Versammlung ab, in der Dr. Kettenbach, Syndikus der Landwirtschaftskammer, der Obermeister der Schmiedekammer Derndach und sämtliche Schmiede und Schmiedemeister Sonnenbergs anwesend waren, die von dem Vorsitzenden Chr. Wagner besonders begrüßt wurden. Die in der letzten Versammlung getroffenen und zu Irrtümern Anlaß gebenden Vereinbarungen zwischen der Ortsbauernschaft und den Schmiedemeistern konnten nach einer längeren Aussprache endgültig zur beiderseitigen Zufriedenheit festgelegt werden. Dr. Kettenbach gab sodann einen Bericht über die Ernteschäden und die damit zusammenhängenden und notwendig gewordenen Steuerermäßigungen. Er empfahl jedem einzelnen, ein Gesuch um Stundung einzureichen, um einer noch stärkeren Belastung durch die angelegten Verzugszinsen vorzubeugen. Alles weitere würde die Kreis- und Bezirksbauernschaft und die Landwirtschaftskammer im Vernehmen mit den zuständigen Behörden regeln. Obbauinspektor Heilmann, der inzwischen erschienen war, sprach über den Obstverlust und machte praktische Vorschläge zur Verwertung des Obstes und für den Ber- und nach dem obstarmen Ruhrgebiet. Seinen Anregungen entsprechend werden bei drei Mitgliedern Sammelstellen errichtet, die über die Art der Verpackung und sonstige Fragen Auskünfte geben. Über den Bezug von Biertreibern bei der Brauerei Hestenteller machte der Vorsitzende entsprechende Mitteilung. Die Schatzperche können auch an Nichtmitgliedern zu denselben Bedingungen abgegeben werden. Die Frage des Milchabfahrs nahm in den Erörterungen einen breiteren Raum ein, da sie augenblicklich zu einer brennenden Frage für die Sonnenberger Landwirte geworden ist.

Wiesbaden-Kloppenheim.

In der am Donnerstagabend im Gasthaus „Zur Rose“ abgehaltenen Versammlung des Bezirks-Kloppenheim, errichtet der Vorsitzende Gregori ausführlichen Bericht über die vor einigen Wochen in W.-Kloppenheim veranstaltete Versammlung des Bezirksverbandes. Da die Hundebesitzer gemäß der Neuveranlagung zur Hundesteuer einen jährlichen Steuerbetrag von 80 Mark zahlen sollen, wandte sich der Bezirks-Verein mit dem Ersuchen an den Magistrat, es bei den alten Steuerhöhen zu belassen. Kloppenheim ist während der Nachtzeit ohne jeglichen polizeilichen Schutz. Der für Kloppenheim zuständige Landjäger kommt nur gelegentlich während eines Dienstganges einmal durch unseren Ort. Mithin ist der Hund der einzige Bewacher eines Anwesens zur Nachtzeit und während des Tages, wenn die Landwirte sich auf den Feldern befinden. Trotzdem hat der Magistrat eine Ermäßigung der Steuerhöhen nicht einzutreten lassen. Jedoch ist der Steuerbetrag für Hunde, die im 1. und 2. Vierteljahr abgekauft worden sind, bzw. noch abgekauft werden, für jedes dieser beiden Vierteljahre auf 5 Mark festgesetzt worden. Die Zahlung von Verzugs- und Stundungszinsen wird bezüglich der 1. und 2. Rate Hundesteuer erst vom 1. September ab gefordert werden. Bezüglich des Steuerprivilegs (1/2 der Wiesbadener Sätze) wie solche bereits gegeslich für W.-Schlierstein und W.-Sonnenberg bestehen, hatte der Magistrat der Stadt Wiesbaden die Abfertigung der übrigen eingemeindeten Orte den beiden vorerwähnten gleichzustellen. Der Magistrat hat hierfür die Genehmigung des Bezirksauschusses nachgesucht. Der Bezirksauschuss wurde sich jedoch

in seiner Sitzung vom 16. April dahin schlüssig, daß kein Grund gegeben sei, den Anregungen des Magistrats entsprechend den Beschlüssen vom 19. Dezember 1930, durch den die Zuschläge zu den Realsteuern in den durch Gesetz vom 28. März 1928 eingemeindeten Vororten auf 1/2 der in Alt-Wiesbaden erhobenen Zuschläge festgesetzt wurden, auf weitere Kommunalabgaben bzw. Steuern auszuweiten. Im weiteren Verlauf seiner Rede berichtet der Vorsitzende über die demnächst in Kraft tretende neue Friedhofsordnung. Die Bahnhofsstraße, die Bachstraße und der Friedhofsweg befinden sich in einem Zustand, der aller Beschreibung spottet. Die Stadt hat wohl über die Instandsetzung dieser Straßen ein großzügiges Projekt ausgearbeitet, jedoch ist die Inangriffnahme dieser Arbeiten in diesem Jahr angesichts der finanziellen Lage der Stadt mehr als fraglich. Welche Schäden außerdem durch das Nichtausheben und Nichtausklammern des Bachbaches entstanden sind, tritt bei der jetzigen Grummeterde deutlich zutage. Die Stadt als Eigentümerin des Bachlaufes müßte hier trotz ihrer mangelhaften Finanzlage baldige Abhilfe schaffen, zumal sie hierzu gesetzlich verpflichtet ist. Was die Feldwege wie Rau-roder, Niedenbacher und Kuberweg betrifft, so wird eine Kommission des Bezirksverbandes persönlich bei dem Magistrat der Stadt Wiesbaden um Beseitigung dieser Unbefindlichkeiten vorstellig werden.

Vorberichte

über Vorträge, Kunst und Verwandtes.

* Staats-Theater. Am Sonntag findet im Kleinen Haus die Erstaufführung des Lustspiels „Das große Objekt“ von Max E. Conrad statt. Der junge deutsche Autor schildert in diesem bereits erfolgreich aufgeführten Werk einen Juwelendiebstahl mit überraschenden Wendungen. Die Hauptrollen haben die Damen Benzmer, Gordon und Heidenreich und die Herren Breitkopf, Falkner, Kleinert, Romber, Sellnid und Wiegner.

* Kurhaus. Die beiden Konzerte des Kurorchesters morgen Sonntag stehen unter Leitung von Musikdirektor Tramer. Das Nachmittagskonzert bringt „Heitere Musik“, während das Programm des Abendkonzertes „Populäre Musik“ vorsieht. Das Nachmittagskonzert dauert von 16-18 Uhr. — Der Gesellschaftspaziergang am Dienstag führt zur Fischsucht. Treffpunkt 14½ Uhr am Haupteingang des Kurhauses.

Hessen-nassauische Bevölkerungsbewegung.

Frankfurt a. M., 3. Sept. Einen interessanten Überblick über die Bevölkerungsbewegung in Hessen-Nassau im Jahre 1930 ermöglicht eine Statistik der Industrie- und Handelskammer Frankfurt a. M., die jetzt erschienen ist. Danach sind im Jahre 1930 in fünf Städten sowie einem ländlichen Bezirk Bevölkerungsabwanderungen festzustellen, denen nur ganz geringe Zunahmen in kleineren Orten gegenüberstehen. Frankfurt a. M. hatte mit 7023 Abwanderungen den größten Bevölkerungsverlust innerhalb des ganzen Bezirks zu verzeichnen. Seine Bevölkerung ging von 548 990 auf 540 897 Personen zurück. In Wiesbaden war die Abnahme mit 338 Personen recht gering, so daß Ende Dezember 1930 noch 153 259 Einwohner gezählt wurden. Während auch Hanau (Stadt) einen Rückgang um 176 auf 40 086 Personen verzeichnet, ist in Hanau (Land) der Zug nach dem Lande deutlich zu erkennen. Der Bevölkerungswachstums betrug hier 440 Köpfe. In Wehlar betrug die Vermehrung der Bevölkerung 449 Köpfe auf 73 997 Personen. Verhältnismäßig am höchsten war die Zunahme in Diez an der Lahn um 222 auf 3 949 Personen; dagegen hielt sich die Zunahme in Nassau (um 12 auf 2891), in Niederlahnstein (um 56 auf 5255), in Oberlahnstein (um 88 auf 10 203), und in Weibersheim (um 3 auf 1793) in recht mäßigen Grenzen. Auffallend ist, daß während in Fulda-Stadt eine Zunahme um 269 auf 27 876 Personen zu verzeichnen war, der Rückgang in Fulda-Land 1011 Köpfe und der Wanderungsverlust sogar 1574 Köpfe betrug, so daß hier die Bevölkerung von 46 591 auf 45 017 Personen zurückging. Auch der Rückgang in Limburg mit 149 Personen auf 12 065 ging über den Durchschnitt hinaus.



Werden wir so wieder aussehen?

Von der großen Herbst-Modenschau in London. Links eine Dame mit einem Kleid des frühviktorianischen Stils. Rechts eine moderne Anlehnung daran. Schon jetzt zeigt die Mode große Ähnlichkeit mit den längst vergangenen Zeiten. Aber noch viel stärker soll sich in der kommenden Saison unsere Kleidung der unserer Großmütter, als sie noch junge Mädchen waren, angleichen; wie es jedenfalls die großen internationalen Modenschauen des Herbstes zeigen.

Der Sport des Sonntags.

Fußball.

Süddeutschland.

Die Bezirksliga wartet abermals mit einer Reihe von jugkräftigen Treffen auf, die darum besondere Beachtung verdienen, weil durch die bisherigen zahlreichen Übertragungen die Kräfteverhältnisse in den verschiedenen Gruppen noch durchaus unausgeglichen erscheinen. Nordbayerens Haupttreffen werden durch die gegenwärtige Situation von vornherein bestimmt: HSV Nürnberg — Riders auf dem Gelände des Klubs gegen den HSV, die FK. Bayreuth — 1. FK. Nürnberg. Es ist fraglich, ob die Riders auf dem Gelände des HSV gegen den Klub die Tabellenführung behaupten werden. In Südbayern steigen wieder zwei Lokalbegegnungen: Wacker München — Bayern München und DSK — Teutonia München. Auf Württembergs Feldern streiten morgen VfB. Stuttgart — 1. FK. Vöhringheim um den Vorrang, derweilen der Spitzenführer SV. Feuerbach in Heilbronn gegen den VfB. einen weiteren Sieg zu erkämpfen erhofft. Das Sportinteresse Baden's konzentriert sich auf die Altmeisterpartie FK. — Phönix Karlsruhe. Am Rhein erwartet man Favoritenlage und unveränderte Lage. Lediglich das Gesicht zwischen den noch ungeschlagenen Klubs Mannheim 1908 und VfL. Neckarau bereitet den Anhängern Kopfzerren. In der Gruppe Saar unternimmt der FK. Birmlens auf eigenem Platz den Versuch, den bisher unbesiegten SK. Saar 1906 Saarbrücken von der Spitze zu verdrängen. Von Interesse ist ferner der Ausgang der Begegnungen SK. Saarbrücken — Sportfreunde Saarbrücken und Borussia Neunkirchen — FK. Vöhring. Das Treffen SK. Rot-Weiß Frankfurt — HSV. Frankfurt im Stadion markiert an der Gruppe Main an der Spitze. Von Wichtigkeit ist weiter der Ausgang der Partien SpVgg. 1902 Griesheim — Germania 1894 Frankfurt und Union Niederrad — VfL. Neu-Isenburg. Auch Hanau 1893 muß anfangen mit den Punkten zu rechnen, hat aber in Heusenstamm einen scharfen Gegenpartner. An Eintracht's Sieg über Germania Bieber ist nicht zu zweifeln.

Gruppe Hessen:

Worms: Alemannia — SV. Wiesbaden.
Main: HSV. 1905 — SK. 1898 Darmstadt.
Waldorf: Viktoria — Wormatia Worms.
Langen: FK. — Olympia Dorf.
Urbach: Viktoria — SpVgg. Kastel.

Wenn die SpVgg. Kastel wirklich habsil genug ist, um in Urbach die Punkte gewinnen zu können, müßte sich eigentlich morgen in unserer Hessengruppe eine klare Führungsabteilung, bestehend aus den Vereinen Kastel, Main, Alemannia und Wormatia, in einträchtiger Rangfolge bilden. Da man aber auf Grund der bisherigen Erfahrungen mit 50—100prozentigen Überraschungen rechnen muß, so dürfte aller Voraussicht nach auch morgen noch beim neuerlichen „Sammeln“ der größte Wirtswart herrschen. Kastel hätte bessere Chancen, wenn Urbach nicht am Vorrangstag in Darmstadt unterlegen wäre. Wahrscheinlich wird es aber wieder zu einem Punktgewinn laugen. Olympia Dorf kämpft nachdrücklich in Langen um einen Platz in der oberen Hälfte, der FK. bei seinem auffallend knappen Torverhältnis von 2:6 (1) um die ersten Punkte. Eine durchaus offene Sache. Wormatia Worms unterzieht sich in Waldorf, als Gast der Viktoria, deren Klapperte aufgehoben wurde, einer peinlichen Prüfung hinsichtlich der bisher mangelhaften Sturmleistungen. Die Wormaten müssen hierbei auf Winklers Mitwirkung verzichten. Trotzdem müßten sie das Rennen machen. In Mainz erwartet man ein neues Schlüsselfest. Der SV. 1898 Darmstadt hat sich wohl vor acht Tagen mit Hilfe einiger alter Plagelampen energisch aufgestellt, aber die 1905er fürchten die Verstärkung nicht und hoffen auf einen klaren Sieg.

Alemannia Worms — Sportverein Wiesbaden

ist für die einheimische Elf keines der beliebtesten Hefen. Die Vorgänge aus dem vergangenen Jahr hatten noch in bester Erinnerung. Wenn es auch als sicher gilt, daß die debakulierten Vorkommnisse keine Wiederholung mehr erfahren werden, so wird man es trotzdem verstehen können, wenn ein Teil der Wiesbadener Mannschaft nur ungern die Fahrt nach Worms antritt. Nach dem unvermeidbaren Ausschluß Beßts hat der Angriff des SVW. folgendes Aussehen: Brand, Sed, Staub, Kuhl, Schulmeyer. Es war unumgänglich, Sed vorzuziehen, obwohl man andererseits die halbfreie Schwacht. Es ist nur zu wünschen, daß sich diese Notmaßnahme bewährt. Der für Sed einspringende linke Läufer Rauch hat wiederholt auf diesem Posten gute Partien geliefert. Seine Indisposition dürfte wohl überwunden sein. Es liegt nun einzig und allein an dem SVW. Quittung, für ein anständiges Ergebnis zu sorgen.

Am Reich sind zwei Repräsentativspiele fällig; in Berlin: Städtelampf gegen Hamburg; in Kiel: Nord- gegen Westdeutschland.

Kreisliga.

Kreis Wiesbaden:

SK. Weisenheim — SK. Dohheim; SV. Kothheim — SK. Hirsheim; Germania Weibach — SK. Opel Küsselsheim; SK. Raunheim — SV. Winkel; FK. 1902 Biebrich spielfrei.

Das Haupttreffen wird in Kothheim geschlagen, wo Hirsheim seine führende Position verteidigt. Die Partie gilt trotz Platzteils der Kothheimer als offen. Die Opelleute erwarten man in Weibach in Front. SV. Raunheim hat gegen die Winkler gute Chancen. SK. Dohheim tritt in Weisenheim beim FK. an. Möglicherweise muß er eine 3. Niederlage einstecken. Trotzdem kann er beruhigt in die Zukunft blicken, ist doch nach dreimonatiger unfreiwilliger Ruhepause der Mittelführer Birt wieder zur Stelle und die Freigabe der Gebrüder End endlich erwirkt.

Kreis Mainz: Hassia Bingen — SK. Gonfenheim; FK. 1902 Kreuznach — Teutonia Weiler; SK. Mainz — FK. Weisenau; SV. Breghenheim — FK. 1907 Kreuznach. Die Platzverhältnisse dürften im allgemeinen in Front erwartet werden. Besonders interessant ist das Treffen in Bingen.

A-Klasse, Gruppe Wiesbaden.

SK. Nassau Wiesbaden — Riders Wiesbaden; Sp. Bgg. Wiesbaden — FK. Sonnenberg-Rambach; SV. Erbenheim — SK. Ginsheim; SK. Dohheim — SpVgg. Biebschheim; Borussia Kastel — Germania Gustavsburg.

Das Wiesbadener Lokaltreffen findet um 3 Uhr auf Kleinfeldchen statt. Zur Zeit haben wohl die Riders die etwas besseren Aussichten, da sie im Angriff die härteren Kräfte stehen haben. Vielleicht gelingt es aber der soliden Hintermannschaft des SK. Nassau, die Partie remis zu

gestalten. Spielvereinigung glaubt, endlich die richtige Mannschaftsaufstellung gefunden zu haben und hofft auf einem Platz gegen den FK. Sonnenberg auf einen neuen Sieg. Gerade bei den Begegnungen dieser beiden alten Kampfmannschaften wurde in jedem Jahre ausgezeichnete Sport geboten, was auch in diesem Treffen, das um 10.30 Uhr auf dem SpVgg.-Sportplatz, Biebschheim, beginnt, der Fall sein dürfte. SK. Dohheim hat nach seinen bisherigen empfindlichen Punktverlusten seine Elf umgestellt. Es bleibt abzuwarten, ob dadurch der Angriff an Durchschlagskraft gewonnen hat. Gegen den SK. Biebschheim müßte es eigentlich zu einem Siege reichen. Anstoß um 3 Uhr auf dem Waldsportplatz. SV. Erbenheim hat im ersten Heimspiel den SK. Ginsheim zum Gegner. Vielleicht glückt der erste Punktgewinn. Die Kasteler dürften gegen Gustavsburg kaum etwas ausrichten können.

Gruppe Rheingau: SV. 1919 Biebrich hat sich aus drei Spielen mit einem Torverhältnis von 13:3 und 6 erlängten Punkten in Führung gebracht. HSV. 1908 Schierstein erreicht aus zwei Spielen 3 Punkte. Morgen spielen: SpVgg. Eltville — SK. 1919 Biebrich; SV. Raunheim — HSV. 1908 Schierstein; Erbenheim — Hattenheim; Erbach — Radesheim; Destrach — Kiedrich. Letzte Ergebnisse: Erbach — Eltville 3:1; Schwalbach — Destrach 1:0; Kiedrich — Radesheim 5:0; Biebrich — Raunheim 8:1; Schierstein — Hattenheim 4:1.

B-Klasse: Um 3 Uhr empfängt Reichsbahn (1. M.) die durch Jübing und Biebrich verstärkte 3. Mannschaft des Sportvereins zum fälligen Verbandsspiel auf dem Reichsbahnplatz. Um 1 Uhr spielt Reichsbahn (2. M.) gegen Spielvereinigung (3. M.).

Weitere Spiele: Sportvereins 2. Mannschaft tritt um 1.30 Uhr in Worms zum Verbandsspiel gegen Alemannia an. Treffpunkt: 10.45 Uhr am Neuen Museum. Aufstellung: Hoffmann; Köhler, Hirschberg; Schäfer, Tiele, Zimmerchied; Edel, Dieffenbach, Ullmann, Kraus, Reichert. — Auf dem Waldsportplatz in Dohheim begeben sich um 1 Uhr Sportklub (2. M.) und SK. Biebschheim (2. M.). SV. Dohheim's 3. Elf spielt in Küsselsheim gegen SK. Opel. Spielvereinigungs 2. Mannschaft erwartet auf eigenem Platz um 9 Uhr FK. Sonnenberg (2. M.).

Jugend: Sportvereins A 1. Jugend weist beim SK. 1908 Schierstein, die A 2. Jugend in Mainz bei Sportfreunden. Die B-Jugend hat SpVgg. Kastels Jugend um 9 Uhr auf dem Sportplatz Frankfurter Straße zu Gast, anschließend um 10.15 Uhr spielen die beiden Schülermannschaften gegenseitig. Reichsbahn-Schüler haben die SpVgg.-Schüler im Anschluß an das Treffen der unteren Mannschaften zu Gast. — SK. Dohheim's 1. Jugend erwartet die gleiche Garnitur des SK. 1905 Oberbach, die 2. Jugend-elf hat mit SK. Nassau ein Wettspiel vereinbart; die Schüler spielen gegen die Nassau-Schüler auf Kleinfeldchen. Um 5 Uhr hat die Dohheimer SK.-Jugend die Riders-Jugend auf dem Waldsportplatz zu Gast.

Resultate der Wochentagspiele: SpVgg. 2. Schüler — Reichsbahn 2. Schüler 0:2; SpVgg. 1. Schüler — SK. 1918 Dohheim's 1. Schüler 1:0. — Die 2. Jugendmannschaft der SpVgg. begibt sich nach Destrach zum Spiel gegen den FK. Destrach (2. Jugend).

Handball D. T.

Kreisliga, 3. Gruppe Rhein-Nahe.

Bezirk 1:

To. Sulzbach — Td. Kistel; To. Eddersheim — Td. A. Niederbach. — Die Pflichtspiele nehmen ihren Fortgang. Eintracht Wiesbaden ist wiederum ohne Spiel. Damit richtet sich das Hauptinteresse auf die Begegnung in Eddersheim, wo die vorläufigen Sieger aufeinanderstoßen. Der Platzort gibt vielleicht für einen Sieg des To. Eddersheim den Ausschlag. Der Ausgang des Treffens in Sulzbach ist ungewiß.

Bezirk 2:

To. Lampertheim — To. Herrnsheim; To. 1817 Mainz — To. 1910 Worms; To. Kastel — To. Birstadt. — Die Herrnsheimer stehen in Lampertheim vor einer nicht ungeschweren Aufgabe, die sie aber bei einigermaßen genügender Aufmerksamkeit bewältigen sollten. To. 1817 Mainz müßte die Wormer schlagen können, und auch Kastel hat gegen den Reuling gute Aussichten.

Bezirk 3:

Hier herrscht am 6. Sept. vollständige Spielruhe. — Die unteren Mannschaften sind gleichfalls spielfrei.

Handball D. S. B.

Süddeutsche Bezirksliga.

Während in der Abteilung Südost die Württemberger sich erst an den Start begeben, beginnt im nordwestlichen Teil des Verbandsgebietes bereits die Spreu sich vom Weizen zu sondern. Gerade der morgige Tag scheint dazu geeignet, die Sprengung der zum größten Teil noch dicht geschlossenen Mittelfelder weiter zu fördern. So hat im Rhein-Saar-Bezirk Frankenthal gegen Walldorf zu beweisen, daß es keines guten Plazes in der Gruppe Rhein würdig ist. Zur Klärung tragen auch die Mannheimer Lokalämpfe: Polizei gegen SpVgg. und M.G. gegen FK. 1908 bei. An der Saar sind abermals Siege der Favoriten Saarlouis-Roden (gegen SpVgg. Merzig) und Westmark Trier (gegen Sportfreunde Saarbrücken) zu erwarten. In der Pfalz ist in Kaiserslautern das Zusammentreffen von VfB. und Phönix von Bedeutung. Im Bezirk Main-Hessen wird am Main Langen kaum Ruhe haben, die Tabellenführung gegen den VfB. Sachsenhausen zu behaupten. In Schwabenheim steht zwischen VfB. und HSV. Frankfurt ein harter Kampf um den 2. Rang bevor, dessen Unterlegenheit höchst durch einen Sieg über Rot-Weiß Frankfurt überholbar wird. Eintracht Frankfurt erstreckt in Offenbach gegen die Riders einen besseren Mittelplatz. In Hessen wird Darmstadt SV. 1898 gegen den Ostbairischen Rot-Weiß ebenso sicher in Front bleiben, wie die Darmstädter Polizisten in Worms gegen Alemannia, und Polizei Worms winkt in Arheilgen eher ein Punktgewinn als Wormatia in Braunschweig. Nur zwei Spiele steigen in der

Gruppe Rhein:

Polst-Sportverein Wiesbaden — Hassia Bingen.

1. FK. 1902 Kreuznach — Sportverein Wiesbaden.

Das Wiesbadener Treffen beginnt um 11 Uhr auf dem Reichsbahnplatz. Bei der Gleichwertigkeit der Gegner ist mit einem spannenden Verlauf zu rechnen. Der Ausgang ist ungewiß. Sportverein kann an der Nahe nicht in seinem Siegeszug aufgehalten werden, wenn er bei dem Reuling,

der am vergangenen Sonntag überraschende Kampfkraft vertrat, nicht leichtsinnigerweise die gebotene Vorsicht außer acht läßt.

Im Kreis Wiesbaden

stehen sich in der A-Klasse um 9 Uhr auf dem Platz an der Nikolastraße Siegfried und SK. 1919 Biebrich gegenüber. Die Wiesbadener müssen ohne ihren etatsmäßigen Mittelführer und Mittelfürmer antreten, wodurch die Chancen der Gäste beträchtlich steigen. Reichsbahn-TSV. empfängt um 9.45 Uhr auf dem neuen Platz an der Kaiserstraße TSV. Raunheim, gegen den er zum ersten Sieg zu kommen hofft.

In der B-Klasse ist mit einem Erfolg der Raunheimfreunde Biebrich in Ginsheim gegen den dortigen SK. zu rechnen.

Die Reservisten von Siegfried und SK. 1919 Biebrich begeben sich um 10.15 Uhr auf dem Platz an der Nikolastraße; Sportvereins 3. Elf hat um 11.30 Uhr in der Kampfbahn an der Frankfurter Straße die 2. Mannschaft des TSV. Raunheim zu Gast. Das Spiel Polizei (2. M.) gegen Sportverein (2. M.) ist wegen des Polizeiparates abgesetzt.

Bei der Jugend treffen sich Reichsbahn und Sportverein um 9.30 Uhr auf dem Reichsbahnplatz; Siegfried tritt um 11.30 Uhr auf dem Platz an der Nikolastraße gegen HSV. 1905 Mainz an, und SK. 1919 Biebrich erwartet SpVgg. Biebschheim um 9 Uhr auf dem Diederichsplatz.

Deutsches Turnen.

Der Vereinsjünglingskampf für Handballspieler des TSV. Eintracht Wiesbaden hat namentlich bei den älteren Vereinsmitgliedern nicht das nötige Interesse gefunden, wie es wünschenswert gewesen wäre. Immerhin waren insgesamt 38 Teilnehmer zur Stelle. Unter diesen wurde Paul Geipel mit 158 P. 1. Sieger und Gewinner des Wanderpreises. Die beiden Ehrenpreise gewannen H. Fischer als 2. Sieger mit 156 P. und Robert Fuchs mit 155 P. als 3. Sieger. Erster der „Soma“ und zugleich 4. Sieger wurde Hermann Beder mit 154 P.; Fritz Brahm wurde 5. Sieger und zugleich 1. Sieger der 2. Mannschaft mit 148 erlängten Punkten. Als Sieger der 3. Mannschaft platzierte sich Ferdinand Fehride auf dem 10. Platz.

Das 48. Kaiserberg-Turnfest gelangt am Sonntag im Duisburger Stadion zur Durchführung. Bisher haben bereits über 1200 Rehrkämpfer und -kämpferinnen ihre Meldung abgegeben, zu denen noch die vielen Einzelkämpfer und -kämpferinnen gezählt werden müssen. Ferner haben eine Anzahl erstklassiger Vereine, aus Westdeutschland u. B. „Preußen“ Krefeld, Duisburg 1899 u. a. gemeldet.

Leicht-Athletik.

Der 6. Länderkampf Frankreich gegen Deutschland

führt am Sonntag die Auswahlmannschaften der beiden Staaten zum 3. Mal nach Paris in das Stade de Colombes. Die vorausgegangenen Begegnungen wurden alle von Deutschland gewonnen. Auch diesmal sind unsere Aussichten günstig, denn es ist bei den internationalen Treffen der Franzosen im Laufe des Jahres offenbar gemordet, daß es um den olympischen Sport augenblicklich bei ihnen nicht sonderlich gut bestellt ist. Ihre A-Mannschaft verlor in Bologna gegen Italien mit 69:78 und in Paris gegen England mit 83:67; eine gemischte Mannschaft holte sich in Rouanne gegen die Schweiz mit 68:69 eine unerhoffte Schlappe. Lediglich die B-Mannschaft konnte in Brüssel gegen Belgien mit 81:53 gewinnen. Der deutschen Auswahl haben die glatten Siege über England und die Schweiz den Rücken gestärkt. Sie fährt heute mit größerer Ruhe und Zuversicht nach Paris als sie vor Jahresfrist in Hannover den damals erstarkten und revanchelustigen Gegner empfing.

In der Aufstellung haben sich auf beiden Seiten mehrfache Änderungen als notwendig erwiesen. Die endgültige Bezeichnung lautet:

100 Meter: Körnig und Jonath (Deutschland), Imbert und Sureau (Frankreich);
200 Meter: Körnig und Geering (Deutschland), Beigebeder und Rousseau (Frankreich);
400 Meter: Büchner und Wegner (Deutschland), Levier und Jackson (Frankreich);
800 Meter: Dr. Belzer und Danz (Deutschland), Keller und Charavalle (Frankreich);
1500 Meter: Wichmann und Schilgen (Deutschland), Laboumeque und Normand (Frankreich);
5000 Meter: Schaumburg und Spring (Deutschland), Rohard und Lahtite (Frankreich);
Weitprung: Mölle und Köchermann (Deutschland), Robert und Chénasier (Frankreich);
Hochsprung: Koepke und Bornhöft (Deutschland), Philippson und Porier (Frankreich);
Stabhoch: Müller und Reeg (Deutschland), Ramadier und Binioussy (Frankreich);
Kugel: Sievert und Schneider (Deutschland), Duhour und Roel (Frankreich);
Diskus: Sievert und Hoffmeister (Deutschland), Winter und Roel (Frankreich);
Speer: Mäjer und Weimann (Deutschland), Degland und Gagner (Frankreich);
110-Meter-Hürden: Wellner und Belschneit (Deutschland), Sempé und Robert (Frankreich);
4×100-Meter: Borchmeyer, Geering, Jonath, Körnig (Deutschland), Finat, Verreux, Beigebeder, Sureau (Frankreich);
4×400-Meter: Bergmann, Büchner, Wegner, Dr. Belzer (Deutschland), Ducos, Bolog, Levier, Jackson (Frankreich).

In den Kurzstrecken werden die Franzosen kaum etwas ausrichten können. Es müßten schon besondere Zwischenfälle eintreten, wenn wir über 100-, 200- und 400-Meter, im Hürdenlauf oder in den beiden Staffeln Punkte einbüßen sollten. Über 800 Meter sind Keller zum mindesten Chancen gegen Danz einzuräumen. Gewiß ist Laboumeques Sieg über 1500 Meter. Auf der langen Strecke erscheint der Gegner ebenbürtig. In den Sprüngen droht uns im Weitprung wohl keine Gefahr, dagegen wird im Hochsprung Philippson nur schwer unterzukriegen sein, und im Stabhochsprung sieht es sogar stark nach einem französischen Doppel-sieg aus. Von den Wurfen ist uns der Speerwurf sicher. Mit dem Diskus und der Kugel dürften die Franzosen besser abschneiden.

Alles in allem wird es in Paris ziemlich umgekehrt werden wie am Sonntag in Köln. Gegen England lag unsere Stärke in den technischen Übungen. Gegen Frankreich müssen wir den Hauptteil unserer Punktzahl aus den Lauf-

Blut und Eisen.

Von Hans Dominik.

Herodot, der Vater der Geschichte, berichtet ausführlich, was die ägyptischen Priester ihm über den Bau der großen Pyramide erzählt haben. Hunderttausend Menschen, so sagt er, haben vierzig Jahre hindurch unter den Aufsehern des Königs gearbeitet. Dann war die große Pyramide bis zur Spitze fertig.

Wenn hunderttausend Leute vierzig Jahre hindurch arbeiten, so ergibt das, das Jahr zu 300 Arbeitstagen gerechnet, 12 Milliarden Arbeitstage. Die große Cheopspyramide besteht aus einer Grundfläche von 54 000 Quadratmetern eine Höhe von 150 Metern, so daß sich ein kubischer Inhalt von 1,6 Millionen Kubikmetern ergibt. Dabei handelt es sich um ein recht hartes Gestein, das mehrere Meilen von der Baustelle entfernt auf dem anderen Ufer des Niles gebrochen werden mußte. Da die alten Ägypter noch keine Sprengstoffe kannten, so mußten die recht gewaltigen Blöcke von Hand nach dem ungemein zeitraubenden Rastelverfahren gewonnen werden. Der einzelne Block wurde durch das Einmeißeln tiefer Kanäle nach allen Seiten hin freigelegt und dann von seiner Unterlage abgeprengt, indem man in zahlreichen, mühsam mit der Hand gebohrte Löcher trockene Holzkeile eintrieb und mit Wasser begoß, bis sie aufquollen und dadurch den Block von seiner Unterlage abhoben. Die so gewonnenen Rohblöcke wurden wahrscheinlich schon im Steinbruch zugehauen, wobei sichtlich für jeden einzelnen Block eine genaue Zeichnung vorlag. Nimmt man überschläglich an, daß etwa drei bis fünf Millionen zugehauener Steine in der großen Pyramide verbaut sind, so leuchtet wohl ohne weiteres ein, daß allein die Arbeiten der Steingewinnung eine sehr große Zahl von Arbeitstagen beanspruchten mußten.

Es folgte nun die nächste Arbeitsetappe, der Transport der fertigen Steine von den Steinbrüchen zur Baustelle. Dabei handelte es sich um eine Steinmaße im Gewicht von rund vier Millionen Tonnen, die über eine Entfernung von etwa 30 Kilometern zu transportieren war, also über die selbst für unsere Tage recht achtbare Transportleistung von 120 Millionen Tonnenkilometern. Hätte man das fertig vorbereitete Baumaterial der großen Pyramide in moderne große Güterwagen von je zwanzig Tonnen Tragkraft laden können, so wären dazu 20 000 Wagen erforderlich gewesen, die zusammen einen Eisenbahnzug von 4000 Kilometern Länge ergeben hätten. Aber die Bauleute der Cheopspyramide verfügten über keine Eisenbahnen. Es ist sogar mehr als fraglich, ob sie überhaupt schon brauchbare Transportwagen mit drehbaren Rädern besaßen. Die wenigen dieser Bau betriebsfähigen Zeichnungen machen es wahrscheinlich, daß man beim Transport der Werkstücke auf Schlittenrufen mit untergeordneten Rollen angewiesen war. Aus den gleichen Zeichnungen geht weiter hervor, daß die Bauleitung des Pharaos mit Jungtieren äußerst sparsam vorging und dafür lieber die unglückseligen Bauarbeiter in Gruppen bis zu hundert vor die beladenen Schlitten spannte.

Danach kann man sich nun ziemlich deutlich vorstellen, wie der Transport vom Steinbruch bis zum östlichen Nilufer und vom westlichen Nilufer bis zur eigentlichen Baustelle vor sich ging. Zweifelloso hatte man in dem nachgiebigen Wüstenland eine feste Fahrstraße, vielleicht eine solide Bohlenbahn angelegt, auf der die mächtigen Schlitten mit ihren Rasten unter dem unablässigen Peitschenknallen der Aufseher nach Westen gezogen wurden. Die bildlichen Darstellungen zeigen immer einen Aufseher für zwanzig Sklaven, so daß sich, wenn Herodot recht hat, allein an 5000 Unteraufseher ergeben. Die standen dabei und sorgten dafür, daß jeder mit leichter Kraft an den mächtigen Seilen zog. Sonst ... klatzte die Keise, und das rote Blut floss von den wunden Rücken in den heißen Sand.

Es bleiben noch die beiden anderen Etappen des Weges: der Übergang über den Nil und an der Baustelle der Transport in die Höhe. Vielleicht hatte man über den Fluß eine Holzbrücke geschlagen, von der heute natürlich jede Spur verschwunden ist. Vielleicht aber wurde es auch nötig, jeden Block am Ostufer mühselig vom Schlitten in ein tragfähiges Boot zu heben und am Westufer mit noch größerer Anstrengung wieder herauszuheben. Und dann kam die letzte Etappe, die immer schwerer wurde, je weiter der Bau in die Höhe wuchs. Die einzelnen Blöcke mußten Etage um Etage nach oben geschafft werden. Zur Verfügung standen dabei nur die einfachsten Maschinen, wie Seile, Rollen, Hebel, Keile und schiefe Ebenen. Vielfach ist behauptet worden, daß die altägyptischen Baumeister von der schiefe Ebene einen ganz großzügigen Gebrauch gemacht hätten, indem sie eine schräg ansteigende Straße anlegten, die während des Pyramidenbaues ständig erhöht wurde und schließlich in 150 Meter Höhe an der Pyramiden Spitze endete. Nach der Vollendung des Baues soll sie dann wieder abgetragen worden sein. Aber die Existenz dieser schrägen Straße läßt sich ebensowenig beweisen, wie diejenige der Nilbrücke. Es ist ebensowenig möglich und sogar wahrscheinlicher, daß die einzelnen Steine zur Bauhöhe heraufgehoben wurden. So wurden denn die Schichten gelegt und gefügt, und schließlich begann von oben nach unten die Einflechtung des Kolosses mit poliertem Granit, bis daß er schimmernd und unbesteigbar da stand wie der Glasberg der Sage. Aber die Sklaven, die diese letzten Steine fügten, waren nicht mehr dieselben, die den Grundstein legten. Viel länger als zehn Jahre wird keiner von ihnen diese mörderische Arbeit ausgehalten haben; nach weit kürzerer Zeit werden viele schon dahingestorben sein.

Sind die Zahlen des Herodots richtig, und nimmt man auch nur eine fünfmalige Erneuerung der Belegschaft während der langen Bauzeit an, so ergibt sich, daß der Bau der großen Cheopspyramide rund einer halben Million Menschen die Knochen und das Leben gekostet hat. Sind diese Zahlen richtig? Die weitere rechnerische Auswertung der eingangs gegebenen Ziffern führt zu dem Schluß, daß 750 Arbeitstage eines Menschen für die Fertigstellung von einem Kubikmeter der Pyramide erforderlich waren. Rund zweieinhalb Jahre Menschenarbeit, um ein einziges Kubikmeter fertigzustellen! Diese Zahl scheint im ersten Augenblick unbegreiflich hoch. In dem Augenblick aber, in dem man den vollkommenen Mangel aller technischen Hilfsmittel, das Fehlen von Sprengstoffen und Kraftmaschinen berücksichtigt, gewinnt sie an Wahrscheinlichkeit. Solange man das Eisen noch nicht besaß, mußte eben das Blut herhalten, wenn es sich um die Errichtung solcher die Jahrtausende überdauernden Bauwerke handelte.

Fünftausend Jahre später sahen die Dinge anders aus. Wieder handelte es sich um ein Riesenprojekt, um die Errichtung eines Bauwerks mit ungefähr dem gleichen kubischen Inhalt wie dem der großen Pyramide. Man wollte dem alten Nil ein Joch auslegen, quer durch sein Bett einen gewaltigen Staudamm errichten, ihn zwingen, seine Fluten nach dem Willen der Menschen über Ägypten zu verteilen. Marx Eoth erzählt in seinen Erinnerungen, wie einer der staunlichsten Engländer am Hofe des Khediven diesem den grotesken Vorschlag machte, die große Pyramide abzureißen und ihr Steinwerk für die Errichtung eines Staudammes zu benutzen. Daran ist Gott sei Dank nichts geworden. Der große Staudamm wurde viel weiter flussaufwärts bei Assuan errichtet, und als Baumaterial wurde Beton genommen, jener wunderbare Baustoff unserer Zeit, der weich und plastisch wie nasser Sand zur Verarbeitung kommt und in wenigen Wochen die Härte des härtesten Granitsteines übertrifft.

Um das Jahr 1895 begann der Bau, 1900 war er vollendet. Im Durchschnitt betrug die Stärke der Belegschaft dabei nur 400 Mann, aber es waren drei Schichten vorhanden. Rechnet man das wieder auf Arbeitstage um, so ergeben sich 18 000 Arbeitstage gegenüber den 1,2 Milliarden des Herodot. Nimmt man, was ziemlich genau stimmt, den kubischen Inhalt des Staudammes von Assuan gleich dem der großen Pyramide, so ergibt sich jetzt, daß auf den Arbeitstag eines Mannes die Herstellung von 90 Kubikmetern Betonwert kommt. Eine Zahl, die zunächst unwahrscheinlich hoch erscheint und geradezu märchenhaft hoch gegenüber den Leistungen beim Pyramidenbau. Aber man darf nicht vergessen, daß hier alle Mittel der Technik zur Verfügung standen. Dampfschiffe brachten in langen Schleppzügen unaufhörlich Zement und Kies zur Baustelle. Dampfgetriebene Elevatoren hoben das Material kubikmeterweise zu den großen Betonmischern, die es in ununterbrochenem Betriebe unter einem Aufwand von Hunderten von Pferdestärken mischten, mit Wasser durchnetzten und haufertig in die Loren langer Eisenbahnzüge kippten. Schon schleppte es die Lokomotive dicht zur Verwendungsstelle hin, schon kippten die Wagen es automatisch in die Bretterverschalungen aus. Wenige Hände genügten, die weiche Masse hier auszubreiten und fest in die Verschalung zu stampfen. Unaufhörlich ging es so Tag und Nacht, und während die Dammkrone stetig nach oben wuchs, dort noch weich und geschmeidig, war der Dammfuß schon erhärtet und Fels im Felsen geworden.

Geringfügig nur waren die Verluste an Menschenleben bei diesem Bau. Zwei Fellachen stürzten von der Dammkrone ab und wurden die Beute von Krokodilen. Einige Leute des Maschinenpersonals kamen durch den Bruch eines Dampfrohres zu Schaden, einige wurden beim Rangieren der Betonzüge erfasst und zerquetscht. Aber alles in allem umfaßt die Liste der Toten dieses Baues noch nicht zwanzig Namen. Man muß sie mit den fünfhunderttausend Toten des Pyramidenbaues vergleichen, wenn man voll begreifen will, wie das Eisen die Menschheit vom Blute erlöst hat.

Wo früher wohl tausend Sklaven an fünfzig Seilen leuchteten und wucheten, um eine Steinlast vom Flud zu bewegen, da ist jetzt ein Kran mit einem einzigen Kranwächter tätig. Wenige schimmernde Hebel nur. Ein Druck auf den einen, und der gewaltige Kranhaken senkt sich lautlos in die Tiefe. Schon legen sich Ketten und Taue um ihn. Eine neue Handbewegung des Wärters: Schon laufen die Elektromotoren, schon krassen sich die Ketten, und leicht und lustig hebt sich eine Last von vielen Tonnen, als ob es eine Feder wäre. Ein Druck auf den anderen Hebel, und der Kran läuft durch die Halle. Schon hält er über einem Spezialwagen, schon senkt sich der Haken und setzt die Last behutsam und stoßfrei auf den Wagen.

Mag es sich dabei nun um schwere Stahlblöcke, mag es sich um riesenhafte Kranpfannen mit vielen Kubikmetern weißglühenden Eisens handeln, der eine Mann im Kranstand meistert alle diese Lasten und Kräfte durch einen Hebeldruck. Auf ein Spiel seiner Finger fließt der elektrische Strom zu den Kranmotoren und leistet mehr als tausend Sklaven unter den Peitschen der Aufseher.

Es war ein langer, durch fünf Jahrtausende führender Weg, den die Menschheit bis zu dieser Höhe der Entwicklung zurücklegen mußte. Wir überschauten ihn nach rückwärts und blickten nun in die Zukunft. Wohin wird er uns weiterführen? Was dürfen wir noch weiter von einer immer vollkommenen Beherrschung der Naturkräfte für das Schicksal des einzelnen und die Entwicklung ganzer Völker erwarten?

Die Pafffabrik von Lille.

Überraschende Ergebnisse, die aus einer Untersuchung in einer Paffschluppungsschäre gegen einen gewissen Henri Vandervischenden erzielt worden sind, dürften vielleicht den Schlüssel zu einer ganzen Anzahl bis jetzt ungeklärter ähnlicher Vorfälle enthalten. Unerwünschte Ausländer aller möglichen Nationen wurden von Lille aus mit Papieren versehen, die hier in der raffiniertesten Weise hergestellt wurden und zum Preise von 600 bis 1200 Franken zu haben waren. Als Zwischenhändler hatte der Verhaftete eine Gruppe Polen, die ihrerseits wieder nach allen möglichen Ländern hin Verbindungen besaßen. So ist es jetzt gelungen, einen gewissen Bomert zu verhaften. Dieser Bole hatte es verstanden, durch seine falschen Pässe rund 37 000 Franken in kürzester Zeit, vor allem in Hafenplätzen, zu vereinnahmen. In diesem Zusammenhang wird von der französischen Polizei darauf aufmerksam gemacht, daß auch Spuren nach deutschen Hafenplätzen ermittelt worden sind. Ob nach dorthin wirklich für Ausländer gefälschte Papiere geliefert worden sind, ist noch nicht bestimmt.

Es ist im weitesten Ausland bekannt, daß es kaum einen Platz in der Welt gibt, wo es so glänzende Paffschluppungen zu laufen gibt, wie in Hamburg. In der Nähe der Reeperbahn arbeitet in einem Atelier ein älterer Graveur, der mehrfach mit den Gelehen in Konflikt kam und sich nun endgültig auf die Paffschluppungen verlegt hat. Tatsache ist, daß man bei diesem Spezialisten Pässe aller Nationen kaufen kann. Aber dieser Fachmann gibt die Papiere nur ab, wenn die Wahrscheinlichkeit besteht, daß sich der Inhaber der Papiere der neuen Identität entsprechend benehmen kann. Die Preise schwanken zwischen 40 und 120 M. Also hier besteht wirklich die Möglichkeit, daß die beiden Fälscher Hand in Hand arbeiteten und ihre Erfahrungen austauschten oder sich Kunden zuwiesen, wenn ihnen die direkte Versorgung mit Papieren zu schwierig oder gefährlich erschien. Jedenfalls sind aber die Zutreiber die gleichen, denn auch in Hamburg oder in Berlin stößt man auf die gleichen Gestalten, die sich anbieten, glänzende falsche Papiere zu besorgen, und zwar in allen Preislagen.

Freilich erfährt der Inhaber und Käufer eines solchen Papiers, das übrigens fast immer auf einen Ort lautet, wo einmal die Magistratskanzlei oder das Standesamt abbrannte, fast nie die Quelle der Anweisung. Mit einem gekauften Paffe kann man bisweilen unliebsame Überraschungen erleben, dann nämlich, wenn er auf einen echten Namen lautet, dessen Inhaber aber wegen eines Verbrechens gesucht wird und sich darum des Papiers entledigt hat. Deshalb ziehen die Käufer Papiere vor, die vollkommen erfunden wurden und an denen alle Sicherheitsmerkmale gefälscht wurden. Man rechnet damit, daß man durch die Verhaftungen in Lille eine Anzahl politischer Personen ermittelt, die hier oder dort sich gefälschte Papiere besorgten und nun unter Decknamen in Deutschland oder Frankreich leben.



Ein polnischer Politiker von ukrainischen Nationalisten erschossen.

Taddeus Holowko, einer der bekanntesten polnischen Politiker, wurde in dem ostgalizischen Badeort Truslawiec ermordet. Polizei sucht die Mörder in den Kreisen der ukrainischen Widerbewegung, von der Holowko aufs schärfste bekämpft wurde.

„Graf Zeppelin“ auf dem Rückweg.

Glatzer Abflug in Pernambuco.

New York, 4. Sept. Die Associated Press aus Pernambuco meldet, erfolgte der Abflug des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ vollkommen glatt innerhalb von fünf Minuten. Später überflog das hell erleuchtete Luftschiff in beträchtlicher Höhe die Stadt Pernambuco. Sieben Stunden nach dem Abfluge passierte „Graf Zeppelin“ die 125 Meilen von der Küste entfernte Insel Fernando Noronha. Um 0,20 MEZ. befand sich das Luftschiff „Graf Zeppelin“ auf 7 Grad 20 Min. Nord und 28 Grad 50 Min. West.

Das Unterseeboot „Nautilus“ außer Gefahr.

Die Funkverbindung wiederhergestellt.

Tromsø, 4. Sept. Wie der Wetterdienst für Nordnorwegen mitteilt, ist es gelungen, heute Abend 11 Uhr, mit dem Unterseeboot „Nautilus“ in Verbindung zu kommen. Das U-Boot funkte, daß an Bord alles wohl sei.

Ein Jungstahlhelmer erschossen.

Die Täter unbekannt.

Dortmund, 5. Sept. Als der Jungstahlhelmer E. Kooop gestern Abend die Geschäftsstelle des Stahlhelms in der Schwanenstraße verließ, wurde er hinterläßt von unbekannten Tätern erschossen. Kooop brach in einer Haustür tot zusammen, wo er von Straßenpassanten, die auf den Schuß herbeigelaufen waren, aufgefunden wurde. Die polizeilichen Ermittlungen sind erfolglos geblieben. Man vermutet aber, daß Kooop von politischen Gegnern erschossen worden ist.

Frauenmord in Oberbaden. Seit dem 25. August wurde in Hintschingen (Oberbaden) eine alleinstehende Frau vermisst. Sie wurde nunmehr in einem Walde erschlagen aufgefunden. Als der Tat verdächtig wurde ein angelegener Bürgersohn aus Hintschingen verhaftet.

Wieder ein Eisenbahnanschlag. Des 2. September meldete ein Streckenwärter, daß zwischen Neufahrn bei Freising und Pulling Steine und eine 5 Zentimeter starke Diele auf der Fahrbahn gelegen haben, von ihm aber bereits beseitigt worden seien. Ob es sich wirklich um einen verbrecherischen Anschlag handelt, ist Gegenstand der eingeleiteten Untersuchung.

Ein vereitelter Raubüberfall auf einen Geldbriefträger. Ein bisher noch unbekannter Mann, der an eine bestimmte Adresse eine Geldüberweisung aufgegeben hatte und nun dem Geldbriefträger aufsaute, um ihn zu überfallen, wurde in Linden bei Hannover von der Polizei festgenommen. Auf dem Wege zur Wache unternahm der Mann einen Fluchtversuch. Da er trotz mehrfachen Anrufes nicht stehen blieb, gab der Beamte einen Schuß ab, der den Mann tötete.

Flucht aus dem Bagno. In Guayana, der berückichtigten Strafkolonie Frankreichs, ist es zwölf Strafgefangenen gelungen, nach langen Vorbereitungen aus dem Bagno zu entfliehen. Bierzehn Tage lang schlugen sie sich durch den Urwald und nährten sich von Wurzeln, ständig von wilden Tieren bedroht. Sie schifften sich in zwei kleinen Booten nach Columbien ein, wo sie in Sicherheit gewesen wären. Unterwegs wurden sie jedoch vom Sturm überfallen und eines der Boote ging unter, seine sechs Insassen fanden den Tod. Das zweite Boot erreichte zwar die Küste Venezuelas, aber die Polizei wartete und nahm die übrigen sechs Flüchtlinge in Empfang. Vom Präsidenten Venezuelas wird es nun abhängen, ob die sechs Überlebenden ins französische Bagno zurück müssen oder die schwer errungene Freiheit behalten dürfen.

Industrie und Handel.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Der Kursabsturz an der Börse. — Verbot der Baissespekulation. — Die internationale Börsensituation. — Öffentliche und private Schuldner und Vertragstreue. — Der starre Bedarf. — Erfolg der „Direkt-Läden“?

Nach fast zweimonatlicher Unterbrechung fand am 3. September wieder der erste offizielle Verkehr an den deutschen Börsen statt. Es wurden nur Kurse (Einheits-) Kurse notiert. Umläge zu Termin- und variablen Kursen dagegen sind bis auf weiteres nicht erlaubt. Auch der Freiverkehr ist vorläufig verboten. Doch werden für wichtige Wertpapiere, so z. B. die 6proz. Reichsschuldenscheine, Sonderkurse festgesetzt. Die Ver-öffentlichung dieser Kurse ist jedoch der Presse sonderbarer-weise unterlagert worden. Es handelt sich dabei um eine völlig unverständliche Maßnahme, die nur geeignet ist, die Befürchtung solcher Werte zu beunruhigen, ja vielleicht sogar zu schädigen, da sie von dritter Seite angegebene Kurse nicht in der Zeitung nachprüfen können. Die ersten Kassakurse wurden naturgemäß mit großer Spannung erwartet. Sie entsprachen im großen und ganzen den Kursen, zu denen, besonders in größeren Werten, bereits vor der offiziellen Wiedereröffnung der Börse Umläge getätigt worden waren. Doch war das Kursniveau eher etwas schwächer, als nach den letzten freien Umlägen angenommen wurde.

Gegenüber den Kursen der letzten Börse vor der un-freiwilligen Ruhepause ergab sich erwartungsgemäß ein ganz empfindlicher Abschwung.

Die Kursverluste, die in der Praxis einen beträchtlichen Kapitalschwund darstellen, ergeben sich aus folgender Zusammenstellung einiger charakteristischer Werte:

	11.7.	3.9.
Reichsausl. Scheine	49.25	44.—
Danabank	100.25	76.—
Debitbank	100.—	75.—
Comm. u. Priv. Bank	100.—	72.—
AGG. Stammaktien	85.—	59.—
Suders	36.25	23.—
Deutsche Erdöl	59.50	40.—
J. G. Farben	122.50	93.—
H. Holzmann	65.—	45.—
Mannesmann	57.—	36.—
Rheinthal	64.—	42.—
Salzdetfurth	176.—	135.—
Siemens u. Halske	142.—	103.—
Südd. Zucker	104.—	89.—

Wie bereits erwähnt, dürfen zur Zeit keine Termin-geschäfte abgeschlossen werden. Sie wurden vor allem des-halb unterlagert, um zu verhindern, daß durch Blanko- (Leere-) Verkäufe — auch Fiktionsverkäufe genannt — ein Druck auf die Kurse ausübt werden kann, der auch das jetzige, bereits stark herabgedrückte Kursniveau von neuem erschüttern würde. Nun besteht trotzdem die Möglichkeit, wenn auch auf andere und etwas umständliche Weise, dieses Resultat zu erzielen. Ein Baissespekulant könnte auch zum Kassakurs Verkaufer vornehmen, also verkaufen, ohne überhaupt Papiere zu besitzen. Wenn dann infolge Nichtlieferung der verkauften Effekten von dem Käufer Exekution erfolgen würde, könnte der Baissier neue Verkaufer vornehmen. Durch eine fortwährende Reihe von solchen Verkäufen würde daselbe Ergebnis erzielt wie bei einem Fiktionsverkauf im Terminmarkt. Um dies nun von vornherein zu verhindern, wurde jetzt ausdrücklich unterlagert, zu den Kassakursen Blankoverkäufe durchzuführen.

Die Börsenmärkte werden scharf darüber wachen, daß gegen dieses Verbot nicht verstoßen wird. Gegen Ver-lezungen der Bestimmungen soll unmissverständlich vorgegangen werden. Die Kursmänner sind angewiesen worden, Aufträge, die gegen das Verbot der Verkaufer verstoßen, nicht nur abzulehnen, sondern den Börsennotständen sofort die Namen der Auftraggeber mitzuteilen. Wenn es auch nicht leicht sein wird, derartige Geschäftsabsichten ohne weiteres zu erkennen, so würden sie sich bald herausstellen. Es ist erfreulich, daß in dem gegenwärtigen Augenblick der tiefsten Wirtschafts- und Börsen Depression die Durchführung von Baissespekulationen unmöglich gemacht wird. Damit ist nichts gegen die prinzipielle Bedeutung des Fiktionsgeschäftes gesagt, das zur geeigneten Zeit, so vor allem nach einer übermäßigen Hausse, seine volks-wirtschaftliche Bedeutung als Kursregulator hat.

Gelegenlich der Wiedereröffnung der deutschen Börsen ist es ganz interessant, einen Blick auf die internatio-nalen Börsen zu werfen. Hier hat sich in den letzten Monaten ein außerordentlicher Kursdruck bemerkbar ge-macht, der von den Werten des schwedischen Zündholzkonjunks ausging.

Die Kurse der Kreuger-Werte verloren in den letzten zwei Monaten bis zu einem Drittel ihres bisherigen Kurswertes.

Dieser auffallende Kurssturz hat den Leiter des Zündholz-trastes, Dr. Kreuger, veranlaßt, der Presse eine Erklä-rung abzugeben, wonach sich nichts ereignet habe, was die Kursrückgänge rechtfertigen könnte. Der Rückgang sei auf die gegenwärtigen Geldverhältnisse in verschiedenen euro-päischen Ländern und auf die allgemeine Marktlage zurück-zuführen. Die Kreuger-Werte würden mehr umgelegt, als irgendwelche anderen Papiere und es sei deshalb natürlich, daß sie in erster Linie veräußert werden, wenn eine Geld-knappheit auf irgend einem Markte die Aufnahme von Geldern aus dem Auslande wünschenswert erscheinen läßt. Diese allgemeine Lage habe sich ein international organi-siertes Baissensyndikat zunutze gemacht. Es muß abgewartet werden, ob diese Erklärung eine praktische Wirkung auf die Börsen ausüben wird. Bestehen bleibt auf jeden Fall die Tatsache, daß an den internationalen Börsen der Wert der verschiedenen Interessen des Kreuger-Konzerns in Mittel- und Osteuropa und vor allem in Südamerika nicht sehr günstig beurteilt wird. Die geschwächte wirtschaftliche Position dieser Länder wirkt sich ansehnend auch auf diesem Wege an den Börsen aus. Dadurch kommt zum Ausdruck, daß in diesen Ländern die Lage als ungesund und kritisch angesehen wird. Auch für Deutschland gilt dies, trotz den augenblicklichen Reparationsleistungen, deren erhoffte Wirkung nicht eintreten kann, weil die ungünstige Wirtschaftsentwicklung darüber hinausgegangen ist.

Während Deutschland zwar den größten Teil der Repa-rationszahlungen im Hoover-Jahr getundet erhielt, kommt es seinen anderen Verpflichtungen in vollem Umfange nach. Es werden nicht nur die Zinsen auf die neuen in- und ausländischen Anleihen pünktlich bezahlt, auch die Verlosung der Reichsauslosungsscheine, in denen der „Altbesitz“ der früheren Reichsanleihen zusammengefaßt ist, findet, wie üblich, im Oktober statt. Im Gegensatz zu dem trotz schwie-rigster finanzieller Lage pünktlich zahlenden Deutschland steht eine ganze Reihe von Staaten, die ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten zum Anlaß nehmen, dem Zinsendienst für ihre Anleihen nicht mehr nachzukommen.

Bis jetzt haben bereits Australien und die südameri-kanischen Staaten Chile, Peru und Bolivien die Zinszahlung auf ihre Anleihen eingestellt.

Weitere werden vielleicht noch folgen. Bekannt sind auch die bislang mit Erfolg durchgeführten Zahlungsverzögerungen der Türkei und die Zahlungsverzögerungen Mexikos. Gerade Mexiko hat aus der Schuldabwertung ein System gemacht. Diese moralisch zweifelhaften und auf die Dauer sicher von kredit-schädigenden Folgen begleiteten „Erfolge“ haben nun in der Zeit der Wirtschaftsnöte veranlaßt, die darauf hinausgehen, diese Maßnahmen einzelner öffent-licher Schuldner auch den privaten Schuldner zuzugestehen. Es wird gesagt, wenn die Staaten ihre finanziellen Schwierigkeiten beheben, indem sie die Zinszahlungen ein-stellen oder verzögern oder sich die Schulden herabsetzen lassen, dann haben in so außergewöhnlich trübsamen Zeiten auch die privaten Schuldner einen Anspruch darauf, daß ihnen auf ähnliche Weise geholfen wird. Dies sind sehr gefährliche Ideen, deren Durchführung das Ende des Vertrauens in der Kreditwirtschaft bedeuten würde. Wenn heute in der De-flation der Kreditgeber gegenüber dem kreditnehmenden Fabrikanten und Händler dadurch im Vorteil steht, daß er sein Geld erhält und hohe Zinsen dazu bekommt, so ist das nur ein Ausgleich, die andere Seite der Inflation, die wir ja auch hinter uns haben und in der die Verhältnisse um-gekehrt lagen. Vertragstreue ist eine Forderung, die nie höhere Berechtigung hatte als heute, wo es gilt, vielfach er-schüttertes Vertrauen neu zu begründen und zu festigen.

In dem letzten Bericht des Institutes für Konjunktur-forschung zeigt die Gegenüberstellung der Entwicklung des Einkommens der Arbeiter und Angestellten und der Einzelhandelsumsätze in welchem Maße die Kauf-kraft der deutschen Bevölkerung zurückgeht und wie sich dies auswirkt. Während das Bruttoeinkommen der Lohn- und

Gehaltsempfänger im 2. Vierteljahr 1931 gegen denselben Zeitraum des Vorjahres um 12 Prozent gefallen ist, — wo-von die höheren Leistungen an Steuern, Arbeitslosenver-sicherung usw. noch abgehen, — gingen die Umsätze in Textil-waren im 1. Halbjahr 1931 (gegen 1930) um 16,3 Prozent zurück. Gleichzeitig fielen die Preise für Bekleidung um 15,2 Prozent, so daß sich der interessante Schluß ergibt, daß der Warenumsatz ungefähr gleich geblieben ist, während sich die fehlende Kaufkraft in den Preisen regulierte. Die allge-meine Kaufkraftsenkung überträgt sich so durch niedrigere Gewinne, herabgelegte Löhne. Wenn für Lebensmittel der Umsatzrückgang auf 8,4 Prozent, die Preisermäßigung auf 9,9 Prozent angegeben wird, so entsprechen sich auch diese Zahlen ungefähr.

Im ganzen ergibt sich, daß die Kaufkraft der breiten Masse, die volkswirtschaftlich allein entscheidend ist, seit einiger Zeit in Deutschland auf einem Stand ange-kommen ist, den der Statistiker als starren Bedarf bezeichnet, der die untere Grenze darstellt und das deutlichste Bild von der heutigen Situation in Deutschland gibt.

Vor einiger Zeit wurde an dieser Stelle von dem in Berlin versuchsweise eingerichteten Fabrikantenladen berichtet, den ein großer Textilkonzern zum direkten Verkauf an die Konsumenten eingerichtet hatte. Während dieser Laden in den ersten Wochen fast gestürzt worden war, wurde das Geschäft dann ruhiger.

Der Nachteil dieses Fabrikantenladens gegenüber dem Einzelhandel beruht auf einer gewissen Gleich-förmigkeit, auf geringerer Auswahl in den Mustern. Der Einzelhändler wird gerade im Textilhandel dem Publikum stets eine größere Auswahl bieten können, als ein einziger Fabrikant.

Nun scheint der Berliner Versuch den Erwartungen des Konzerns doch im großen und ganzen entsprochen zu haben, denn soeben wird bekannt, daß jetzt in Berlin, 5 weitere Läden eröffnet werden sollen, ferner je 2 in Frankfurt (Main), Hamburg, München und je 1 Laden in zahlreichen anderen Städten.

Vom deutschen Weinbau und Weinhandel.

Die Sicherung der neuen Ernte.

Die Sicherung der 1931er Weinernte steht gegenwärtig mit im Vordergrund aller Fragen. Früher sah man dem Weinherbst mit frohen Mienen entgegen und heute? Man kann wohl sagen, mit einem trockenen und einem nassen Auge. Einmal bereitet die Unterbringung der neuen Ernte Schwierigkeiten, andererseits fragt man sich, was wird es für den Reben geben? Auf einer Besprechung im Oberprä-sidium der Rheinprovinz in Koblenz, an der neben Wein-bau und Weinhandel die Vertreter der landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände teilnahmen, wurde übereinstimmend festgestellt, daß Notverkäufe um jeden Preis vermieden wer-den müssen, da sie keine Besserung im Weingeschäft bringen können, im Gegenteil, sich auf den Weinabsatz ungünstig aus-wirken. Der Weinkonsum, namentlich offenen Weines, ist ständig im Steigen begriffen, aber es ist nicht möglich, in wenigen Wochen oder Monaten alle vorhandenen Vorräte beim Winter oder Handel zu räumen. Die privaten, wie auch die öffentlichen und genossenschaftlichen Kreditinstitute müssen deshalb auf die speziellen Verhältnisse im Wein-fach Rücksicht nehmen. Es ist insbesondere notwendig, daß für die Vergütung und Einlagerung der neuen Ernte Kredite zur Ver-fügung gestellt werden. In der Zuckerbearbeitung muß der Zuckerfabrikant durch lange Zahlungsfristen entgegenkommen. Auf dem Deutschen Weinbau-Kongress in Bingen a. Rhein hat man sich mit der Frage der Erntebewertung gleich-falls ausgiebig befaßt und in einer Entschließung an die Reichsregierung die Wünsche und Forderungen des deutschen Weinbaues niedergelegt. Es sind vier Maßnahmen, die so-fort, d. h. noch im Laufe des Septembers, vor Beginn des Herbstes zu treffen sind, angeführt.

Vom rheinpfälzischen Maltinger-Herbst geht es jetzt zum rheinpfälzischen Frühburgunder-Herbst. Dieser ist in der Ingelheimer Gegend wegen der zunehmenden Traubensäure schon durch. Anderwärts, so in Bingen-Büdesheim, beginnt er erst. Der Frühburgunderanbau ist heute nicht mehr so bedeutend. In Ingelheim wurden bei Mostgewichten von 60—65 Schöckgrad und 12 pro Mille Säure für den Zentner Trauben 15 und 17 M. angelegt, in Staden bei einem Höchstmostgewicht von 71 Grad 15 M. je Zentner. Büdesheimer Frühburgundertrauben wogen bei einer Vorlese 70 Grad Schöck. In Eich sind Frühburgunder als Tafeltrauben geschnitten und durchschnittlich zu 15—20 M. der Zentner abgesetzt worden.

In der Rheinpfalz hat man in der Dürkheimer und Rastatter Gegend wegen der vorgeführten Reife, und da bei der regnerischen Witterung die Befruchtung besteht, daß die reifen Beeren in Fäulnis übergehen, mit Vorlesen be-gonnen. Von einer Preisentwicklung ist noch nichts zu hören. Der Most kommt als „Süßer“ zum Versand nach Württemberg. Die Trauben sind gesund und brüßig. Es werden Mostgrade von 55—65 Grad genannt. Auf den päp-lichen Obstmärkten ist der Absatz an Portugieser-Tafel-trauben an manchen Tagen bei steigender Anfuhr störend. Gegenwärtig werden je Fund 12—20 Pf. bezahlt.

Während die rheinpfälzische Naturweinver-keigerung in Rastatt störend verlief, brachte das welen-tlich kleinere Angebot des Rheingutes Gg. Dries in Deides-heim ein nicht gerade günstig zu nennendes Ergebnis. Es gingen mehrere Posten zurück, die Preise waren sehr gedrückt. Wie im Rheingau und in Rheinhessen sind auch in der Rheinpfalz größere Güter zum Selbstauschank über-gegangen.

Verlängerung der Frist für die Devisen-ablieferung.

Bis zum 19. September.

Wie aus zahlreichen Anfragen und Mitteilungen beim Reichswirtschaftsministerium, der Reichsbank und anderen beteiligten Stellen hervorgeht, ist die am 29. August er-lassene Verordnung über den Ausfuhr der Devisen- und Goldbestände, soweit es sich um Beträge mit einem Gegenwert von über 1000 Mark handelt, anscheinend nicht zur Kenntnis aller Betroffenen gelangt. Im Hinblick auf die schweren Sträßen, die bei Nichterfüllung der Verpflichtung zur Ablieferung eintreten, und um zu ver-hüten, daß hieraus für die Betroffenen schwere Schäd-igungen entstehen können, hat sich die Reichsregierung im Benehmen mit der Reichsbank entschlossen, die für die Ab-

lieferung der Devisen- und Goldbestände vorgegebene Frist (vom 29. August bis 5. September 1931) um 14 Tage bis zum 19. September 1931 zu verlängern, damit alle davon Betroffenen auch wirklich Kenntnis von der sie treffenden Verpflichtung erlangen.

Die hierfür notwendige Durchführungsverordnung ent-hält außer der Fristverlängerung insofern eine Erwei-terung der bisherigen Bestimmungen, als nunmehr Ansprüche aus Konten bei ausländischen Banken ohne Rücksicht auf den Tag der Begründung oder der Fällig-keit der Ansprüche der Reichsbank oder den Devisenbanken anzuzeigen sind. Für solche Bankguthaben gilt also nicht mehr die im § 6 der Verordnung vom 29. August vorge-gebene Ausnahme, nach welcher Ansprüche, die später als am 29. November 1931 fällig werden, nicht angeboten zu werden brauchen.

Die Fischerei in der deutschen Volkswirtschaft.

318 Millionen jährlicher Verbrauch.

Anlässlich der in diesen Tagen in München stattfin-denden Sitzung der Spitzenorganisation der deutschen Fischerei dürfte ein Hinweis auf die volkswirtschaftliche Bedeutung der Fischerei in Deutschland unmittelbares Interesse haben. Nach einer älteren, aber wohl auch heute noch maßgebenden Berechnung werden in Deutschland jährlich für 318 Millionen M. Fische verbraucht. Den Gesamt-ertrag, den die deutsche Fischerei aus unseren Binnen-gewässern gewinnt, schätzt man auf jährlich 150 Millionen M., wozu dann noch die Erträge der deutschen Hochsee- und Küstentischerei und die Einfuhr, z. B. aus Dänemark, kommt. Die Gesamtfläche der fischbaren deutschen Binnengewässer einschließlich der Haffe wird auf 1,4 Millionen Hektar ge-schätzt. Mehr als die Hälfte der Gesamtfläche entfällt mit über 54 Prozent auf Seen, rund 39 Prozent auf fließende Gewässer und der Rest auf Teiche usw. Die Spitzenorgani-sation der deutschen Fischereiwirtschaft, der Deutsche Fischerei-Berein, dürfte in den von ihm zusammengefaßten Einzel-organisationen etwa 40 000 Personen als Mitglieder zählen.

Marktberichte.

Wiesbadener Viehmarktbericht.

Ämtliche Notierung vom 3. September 1931.

Auftrieb: a) Tatsächlich auf dem Markte zum Verkauf: 18 Ochsen, 3 Bullen, 64 Kühe oder Färsen, 102 Kälber, 38 Schafe, 341 Schweine; b) Direkt dem Schlachthof zu-geführt: 3 Bullen, 9 Kühe und Färsen, 119 Kälber, 225 Schweine. Marktverkauf: Schleppendes Geschäft; bei Großvieh und Schweinen verbleibt Überland. An Preisen wurden (1 Pfund Lebendgewicht in Pfennig) notiert: Ochsen: c) 37—40; Bullen c) 30—31; Färsen (Kalbinnen): a) 46—47; Kälber: c) 50—55, 1. 45—49, d) 40—44; Schafe: a) 48—50; Schweine: b) 50—55, c) 50—55, d) 50—53, e) 45—48. Von den Schweinen wurden verkauft zum Preise von 55 M. 15 Stück, 54 M. 51 Stück, 53 M. 56 Stück, 52 M. 79 Stück, 51 M. 16 Stück, 50 M. 15 Stück, 48 M. 4 Stück, 46 M. 2 Stück, 45 M. 2 Stück. Die Preise sind Marktpreise für nüchtern ge-wogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab, für Fracht, Markt- und Verkaufssteuern, Umfah-steuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Frankfurter Schlachthofmarkt.

Frankfurt a. M., 3. Sept. Der Auftrieb des Neben-marktes bestand aus 63 (98) Rindern, 937 (863) Kälbern, 270 (257) Schafen und 1444 (920) Schweinen. Markt-verkauf: Bei allen Vieharten schleppend. Kälber und Schafe geräumt, bei Schweinen geringer Überland. Es notieren pro Zentner Lebendgewicht in Mark: Kälber b) 52—55, c) 47—51, d) 40—46, Schafe a) 38—42, b) 32—37, c) 24—31. Schweine b) 53—56, c) 52—55, d) 51—55, e) 48—52. Im Vergleich zu den Preisen des Nebenmarktes vom 27. August ergaben sich Preisrückgänge bei Kälbern von 2, bei Schafen von 1 und bei Schweinen von 1—2 Mark. Fleischarbeitmarkt: Preis für 1 Zentner frisches Fleisch in Mark: Ochsen- und Rindfleisch 1,70—75, 2, 60—70, Bullenfleisch 60—68, Kuhfleisch 2, 45—60, 3, 30—45, Kalb-fleisch 2, 70—80, Schweinefleisch 1, 65—72. Bekannt-machung: Wegen des hohen israelitischen Feiertages wird der Viehmarkt vom Montag, 21. September auf Dienstag, 22. September, verlegt.